

# Die Baugewerkschaft

Organ  
des Zentral-Verbandes  
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zufendung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 69.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lütow, 2513.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 37.

Berlin, den 15. September 1912.

13. Jahrgang.

## Fort mit aller Schwarzleherei!

Es gibt im Leben Menschen, die stets fröhlich und guter Dinge sind, die jede Sache von der besten Seite betrachten. Was sie anfangen, geschieht ohne Sorgen und ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob es auch zu ihren Gunsten ausgehen wird. Selbst in schwierigen Situationen bleiben sie guter Laune und eben fast lustig in den Tag hinein, in der Hoffnung, daß schon alles gut gehen wird. Sich ängstigen oder Gedanken und Sorgen machen, kennen sie nicht. Sie sind immer zufrieden. In gewisser Beziehung sind solche Menschen zu beneiden. Man nennt sie auch Optimisten, Leute, die stets nur das Beste sehen und wissen.

Im Gegensatz zu diesen sind es die Pessimisten oder Schwarzseher, die jeder Sache die schlechtesten Seiten abgewinnen. Mit allem, was gewesen ist, sind sie unzufrieden. Nichts geschieht, woran sie nicht etwas zu nörgeln und zu kritisieren fänden. Nichts kann ihnen recht gemacht werden. Noch weniger aber haben sie Vertrauen in die Zukunft. „Es nützt ja doch nichts!“ ist ihre letzte Weisheit. Für ernste Arbeit und solche Menschen nicht zu gebrauchen. Sie sind nicht selbst zur Last und vermeiden nicht selten auch den Fleißigen und Oherwilligen das Vorwärtstreben. Verfehlt wäre es gewiß, wollte man den allzu hohen Optimismus als Ideal darstellen. Wohl sagt ein Sprichwort: „Frisch begonnen ist halb gewonnen!“ Das schließt aber nicht aus, daß man mit Ueberlegung handeln soll. Und mancher Optimist, der das nicht tat, hat die Erfahrung gemacht, daß seine allzu vertrauensvollen Anschauungen nicht die richtigen waren.

Aber erst recht nicht sind es die Pessimisten, mit denen es einer halten kann, der ein großes Ziel zu erstreben gewillt ist. Nichts Gutes ist von einem Schwarzseher zu erwarten. Immer und überall waren es es, die das Gedeihen einer Arbeit oder eines Unternehmens verhindern oder doch sehr beeinträchtigen. Zweifellos hat der Pessimismus hundertmal mehr Gutes verhindert, als der Optimismus Schaden anrichtet hat. Ist es doch nicht selten geschehen, daß ein einziger solcher Schwarzseher in wenigen Minuten das zerstört, was viele andere in langer, mühevoller Arbeit aufgebaut hatten.

Leider haben wir solcher Schwarzseher auch recht viele im Arbeiterstande, und es besteht kein Zweifel, daß sie dessen weitere Entwicklung gewaltig hemmen. In erster Stelle gehören zu diesen die Indifferenten, die die dargebotenen Mittel der Selbsthilfe verschmähen, dafür aber um so mehr nörgeln und auf die schlechten Verhältnisse schimpfen. Mit dem „Es nützt ja doch nichts!“ suchen sie sich an der Organisation vorbeizudrücken, und das obwohl auch ihnen die glänzenden Erfolge ihrer organisierten Arbeitsbrüder handgreiflich vor Augen liegen. Und steht es im Allgemeinen mit der Beteiligung an Unterstützung aller anderen zur Hebung des Einzelnen wie des Standes geschaffenen Einrichtungen, da sind: konfessionelle Arbeitervereine, Baugewerkschaften, Konsumvereine u. dgl.? Leider zu oft zeigt sich hier der schwarze Pessimismus, zum allergrößten Schaden für die Sache. Selbst auch Gewerkschaftler sind hier nicht immer unschuldig.

Und soll schließlich auch noch darauf hingewiesen werden, welchen enormen Nachteil die Schwarzleherei die Agitation bedeutet? Wenn diese schon ohne Mühe und Liebe mit saurer Miene und ohne Hoffnung Erfolg mit dem Wahrspruch des Pessimisten: „Es nützt ja doch nichts!“ begonnen wird, so ist ein solches Resultat fast unmöglich. Gewöhnlich ist es

wenigstens so, daß der Erfolg einer Arbeit zum großen Teile bedingt ist von der mehr oder weniger guten Stimmung des Ausführenden und von dem Vertrauen, welches man in sie setzt.

Aber nicht nur, daß der Schwarzseher für sich allein jeder Entwicklung hinderlich im Wege steht. Nein, seine finsternen, sauren, zertrübten Ansichten wirken wie ansteckend auch auf die Vorwärtstrebbenden, indem auch diesen alle Lust und Liebe zur weiteren Betätigung allmählich schwindet. Ja, nicht selten vermag ein solcher die gute Stimmung in einer Versammlung oder Sitzung ins Gegenteil umzukehren und dadurch jeden Erfolg zu vereiteln.

So sehen wir, daß der Pessimismus ein Hindernis ist für eine jede gedeihliche Wirtschaftsentwicklung. Daher fort mit ihm! Als christliche Arbeiter haben wir Hindernisse genug zu überwinden, als daß wir uns selbst noch solche zu schaffen brauchen. Mit Pessimismus im Herzen schlägt man keine Schlachten, wohl aber mit begeisterter Hingabe für eine Sache und Vertrauen in die eigene Kraft. Wenn wir in diesem Sinne weiter arbeiten an der Hebung unseres Standes und andererseits unsere bisherigen großen Fortschritte betrachten, so haben wir auch absolut keinen Grund, schwarzseherische Anschauungen aufkommen zu lassen, auch dann nicht, wenn noch ernstere Zeiten kommen oder erwartete Erfolge einmal ausbleiben. Darum nochmals: Fort, weit fort mit aller Schwarzleherei!  
J. B.

## Die Teuerung.

Seit mehr als einem Jahr leiden wir an einer ungewöhnlichen Verteuerung wichtiger Lebensmittel. Da von dieser Verteuerung die ärmeren Volksschichten am härtesten betroffen werden, droht sie zu einer großen Kalamität auszuwachsen, das das weitgehendste öffentliche Interesse weckt. Die öffentliche Meinung beschäftigt sich denn auch bereits intensiv damit, Protestversammlungen finden statt, auch öffentliche Körperschaften, wie städtische Behörden usw., nehmen Stellung dazu.

Die diesjährige Teuerung unterscheidet sich insofern von der vorjährigen, als es sich in erster Linie um eine Fleischteuerung handelt. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der normale Fleischpreis schon eine Höhe erreicht hatte, die das zulässige Maß nicht mehr innehielt. Eine Preissteigerung von 15 bis 30 Pfg. pro Pfund noch zu diesen „normalen“ Preisen hinzu, muß eine ganz empfindliche Wirkung auslösen. Die vorjährige Teuerung betraf vorwiegend Hülsenfrüchte, Brotgetreide, Gemüse und Kartoffeln. Gemüse und Kartoffeln sind im Preise gesunken, während erstere auf dem Preisniveau vom Vorjahre ziemlich geblieben sind.

Die Ursachen der vorjährigen Teuerung sind bekannt. Sie lagen in der Missernte infolge der großen Dürre. Allerdings konnte in Deutschland beim Roggen von einer Missernte nicht geredet werden, trotzdem ging auch der Brotpreis in die Höhe. Auch die Aussicht auf die vorzügliche Roggenernte in diesem Jahr hat nur in vereinzelten Fällen einen Preisrückgang bewirkt. Nun hat sich gewiß die Aussicht für die übrige Ernte, insbesondere für Weizen und Hafer, durch die nasse Witterung im August und jetzt noch verschlechtert. Inwiefern die Kartoffelernte durch die Kälte ungünstig beeinflusst wird, läßt sich heute noch nicht übersehen, die Hackfrüchte gedeihen dafür um so besser, was für unsere Nahrung von erheblicher Wichtigkeit ist. Daß die Preise, von den schon angeführten Produkten abgesehen, trotz der all-gemein besseren Ernteausichten und Ergebnissen, nicht

zurückgehen, zum Teil sogar noch anziehen, muß darum um so auffälliger sein. Um so mehr noch, als neue steuer- und zollpolitische Maßnahmen nicht eingetreten sind und auch nicht eintreten werden.

Worin liegen denn nun eigentlich die Ursachen dieser Teuerung? In den Ernteverhältnissen Deutschlands sind sie nicht begründet, neue steuer- und zollpolitische Belastungen sind nicht hinzugekommen. Der Zolltarif von 1902 ist über sechs Jahre in Kraft, die Reichsfinanzreform hat nur Zündhölzer und Kaffee, außer anderen Genussmitteln, berührt. Diese Faktoren können somit als preissteigernde Kräfte in gegebener Zeit nicht angesprochen werden. Hinsichtlich der Vieheinfuhr und der veterinärpolizeilichen Vorschriften ist ebenfalls keine Änderung eingetreten. Trotzdem hört man heute in freihändlerischen und sozialdemokratischen Kreisen, daß nur die hier angeführten, die freie Ein- und Ausfuhr betreffenden Einschränkungen an der Teuerung schuld seien. Wer objektiv und sachlich urteilen will, kann diese Behauptung nicht aufrecht erhalten. Diese Tatsache wird von dem Geschäftsführer des (liberalen) Deutschen Bauernbundes Dr. Böhme in bemerkenswerter Weise in der Zeitung „Der Tag“ (Nr. 209 vom 6. September) festgestellt. Er schreibt:

„Als seinerzeit bei dem Kampf um die Zollpolitik der Bund der Landwirte für Roggen und Weizen einen Mindestzoll von 75 Mk pro Tonne (20 Zentner) verlangte, bezeichnete er in seinen Eingaben an den Reichstag einen Weizenpreis von 210 Mk, einen Roggenpreis von 170 Mk pro Tonne als das erstrebenswerte Ziel. Es ist bekannt, daß die Mehrheit der sozialliberalen Parteien derartige Zollsätze nicht ohne Grund für zu hoch anjah, und es bei einem Zoll von 55 Mk pro Tonne Weizen und 50 Mk pro Tonne Roggen sein Bewenden hatte. Die Caprivischen Zollsätze von 35 Mk wurden demnach um 20 Mk pro Tonne Weizen und 15 Mk pro Tonne Roggen erhöht. Tatsächlich ist nun aber die Preisentwicklung beim Brotgetreide folgende gewesen: Stellen wir das erste Jahr fünf unter den Caprivischen Handelsverträgen dem ersten Jahr fünf der heutigen Zölle gegenüber, also den Zeitraum 1895 bis 1897 verglichen mit 1907 bis 1911, dann ergibt sich eine Steigerung des Durchschnittspreises für Weizen von 152 auf 213,40 Mk pro Tonne. Die Preissteigerung betrug demnach 61,40 Mk, während die Erhöhung des Zolles nur 20 Mk betrug. Der Roggenpreis stieg von 124 Mk im Durchschnitt der Jahre 1895/97 auf 175,30 Mk 1907/11, also um 51,30 Mk, während die Zollerhöhung nur 15 Mk betrug. Die veränderte Weltmarktkonjunktur hat demnach in beiden Fällen eine mehr als doppelt so hohe Preissteigerung herbeigeführt, wie das die Minderung der Zollpolitik ermöglicht hätte, selbst unter der unzutreffenden Annahme, daß der Zoll völlig in den Preisen zum Ausdruck kommt. Der Brotgetreidepreis ist demnach im Durchschnitt des letzten Jahres fünf beim Weizen um 3 Mk, beim Roggen um 5 Mk höher gewesen als der vom Bund der Landwirte als notwendig bezeichnete Preis. Im Jahre 1912 haben im ersten Halbjahr die Preise für Weizen mit 221 Mk um 11 Mk, beim Roggen mit 194 Mk sogar um 24 Mk höher gestanden als der vom Bund der Landwirte verlangte Normalpreis. Es muß zugegeben werden, daß diese Preishöhe hart an der Grenze dessen steht, was noch zu ertragen ist. . . . Hier indessen sollte nur festgestellt werden, daß die gegenwärtige Preisentwicklung beim Getreide nur in ganz geringem Maße auf die Zölle zurückzuführen ist.“

Diese Ausführungen beweisen, daß der Grund für die gegenwärtige Preissteigerung woanders zu suchen ist. Ob die Aufhebung der Zölle einen merklichen Umschwung herbeizuführen vermöchte, ist deshalb nicht ohne weiteres zu beantworten, weil das

Ausland unter der gleichen Kalamität leidet, die Feuerung gleichsam international ist. Ohne Zweifel liegt der Grund in der veränderten Getreideweltmarktlage, den Nachwirkungen der allgemeinen Missernte vom vorigen Jahr, dem wucherischen Treiben großer Lebensmittelhändler und einer erhöhten Verteuerung durch den Zwischenhandel.

Ueber die Entwicklung der Fleischpreise schreibt der schon genannte Dr. Böhm:

„Das gleiche Bild wie die Entwicklung der Getreidepreise zeigt die Entwicklung der Viehpreise. Betrachten wir die beiden für die Bevölkerungs- ernährung wichtigsten Vieharten, Rindvieh und Schweine, so ergibt sich eine Steigerung des Preises für Schlachtgewicht bei Rindvieh 1907/11 gegenüber 1893/97 von 114,20 M pro Doppelzentner auf 143,20 M, also um 29 M pro Doppelzentner, bei Schweinen von 98,40 M auf 121,20 M, also um 22,6 M pro Doppelzentner. Die Fülle betrug bei Ochsen zur Zeit der Capri- verträge 25,5 M pro Stück, unter den neuen Handels- verträgen 8 M pro Doppelzentner Lebendgewicht. Der Stückzoll in Gewichtszoll vermindert dürfte etwa 3,50 M pro Doppelzentner Lebendgewicht betragen, er ist also um 4,50 M in den neuen Verträgen ge- steigert worden. Auf Schlachtgewicht berechnet, kann demnach höchstens von einer Erhöhung des Zolles um 7 bis 8 M pro Doppelzentner die Rede sein. Die Preissteigerung aber betrug 29 M. Bei den Schweinen bestand früher ein Stückzoll von 5 M, in der Gegen- wart ein Zoll von 9 M pro Doppelzentner Lebend- gewicht. Die Steigerung des Zolles beträgt hier somit 4 M, das Schwein gleich ein Doppelzentner Lebend- gewicht gerechnet. Da das Schlachtgewicht bei Schweinen einen größeren Prozentsatz des Lebend- gewichtes ausmacht als bei Rindvieh, kann höchstens von einer Steigerung des Schutzzolles von 5 M pro Doppelzentner Schlachtgewicht die Rede sein. Die tatsächliche Preisentwicklung brachte aber eine Stei- gerung um 22,6 M. In beiden Fällen wäre die Preis- steigerung, falls nur der Zoll wirksam war, noch nicht ein Viertel der tatsächlichen Preissteigerung ge- wesen.“

Mithin hier wie dort das gleiche Bild. Nun wird von Fachmännern behauptet, daß das verfügbare Quantum an Rind- und Kalbfleisch zurückgegangen sei, dagegen sei dasjenige von Schweinefleisch ge- stiegen. Stellt man dem den erhöhten Verbrauch des Fleisches auf den Kopf der Bevölkerung gegenüber, so ist die erhöhte Nachfrage als preissteigerndes Moment wohl beim Rindfleisch ersichtlich, nicht aber beim Schweinefleisch. Insbesondere scheinen auf dem Ge- biete der Fleischversorgung der Bevölkerung große Mängel zu bestehen.

Es mag nun sein, wie es will, auf alle Fälle be- steht ein großer Mangel, dem es zu steuern gilt. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß unsere ganze soziale Arbeit illusorisch wird, wenn es nicht gelingt, veraltete anomale Zustände wieder in ihr normales Ver- halten zu setzen. Parlament, Kommune und Selbsthilfe haben eingegriffen. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, um die Getreidepreise auf einem erträglichen Maße zu erhalten, aber auch daß es einem wucherischen Händlertum unmöglich wird, ähnlich wie im

vorigen Jahr, als die Frucht für Kartoffeln herab- gesetzt wurde, diese in einen erhöhten Preis umzu- wandeln und in die eigene Tasche zu stecken. Die Zufuhr fremden Fleisches muß in erweitertem Maße gestattet werden, und zwar so weit, als es nicht den Gesundheitszustand unseres eigenen Viehbestandes unbedingt gefährdet. Wenn gesagt wird, das Aus- land sei selbst nicht imstande, uns Vieh abgeben zu können, so soll man erst recht den Versuch machen. Allgemein und auch mit Recht ist die Meinung im Volk verbreitet, daß unsere veterinärpolizeilichen Vor- schriften mehr oder weniger einem Einfuhrverbot nahe- kommen. Insbesondere aber muß eine gründliche Wandlung in dem Verhältnis zwischen Landwirt und Metzger angestrebt werden. Das Metzlertum und die Viehhändlerriege sind an der enormen Preissteigerung nicht unschuldig, in den Großstädten sind vielfach die Metzgermeister nur noch Aufhauer, die sich morgens am Schlachthof das geschlachtete Vieh kaufen, und dann nach vorgeschriebenen Preisen im Laden weiter- verkaufen dürfen. Die Kommunen müssen dazu über- gehen, die Nahrungsmittelpreise durch eigene Ver- kaufsstellen zu regulieren, die Konsumenten aber sollen sich durch genossenschaftliche Selbsthilfe wehren. Der Kleinhändler ist ein willenloses Werkzeug in den Händen des Großisten, nur machtvolle Genossen- schaften können diesem ein Paroli bieten. Aber Hilfe ist dringend not, möge der Hilferuf der Millionen von Arbeitern nicht ungehört verhallen.

### Entstehung, Wesen und Bedeutung der Statistik.

Die Statistik nimmt heute auf weiten Gebieten des öffentlichen Lebens eine achtunggebende, einflußreiche Stellung ein. Reich, Staat, Kommune, Allgemeinheit, Privatwirtschaft, Wissenschaft bedienen sich ihrer Hilfe in ausgedehntem Maße. Die Statistik ist selbst zu einer Wissenschaft geworden. Mit diesen Worten führt Dr. Zahn (Direktor des statistischen Landesamts in Bayern) das große Wort ein: „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand.“ Eine Wissenschaft, die zu einer solchen Bedeutung emporgestiegen ist, verdient es, in den drei- letzten Volksteilen bekannt zu werden.

Zunächst handelt es sich darum, zu zeigen, daß die Statistik keineswegs so verlogen und launig ist, wie man ihr oft vorwirft. Allerdings sind ihre Ergebnisse auch nicht so tobischer, wie von manchen angenommen wird. Unsere Ausführungen sollen dem Leser vor allem auch zeigen, nach welchem Maßstab man eine Statistik beurteilen sollte.

Erst in neuerer Zeit ist ein wesentlicher Fortschritt in der Statistik erzielt worden. Früher war die Statistik die Lehre von den Staatsmerkmaligkeiten und den Staatskräften. Dazu rechnete Schönbach alle in einem Staate angefallenen Sachen, die dessen Wohlstand in einem merkbaren Grade angehen, sei es, daß sie solche hindern oder fördern. Diese Auffassung entsprach etwa dem einfachen Wirtschaftsleben zu der Zeit, in der Adam Smith lebte (seit 1748 lehrte er an der Göttinger Univer- sität). Aber schon einer seiner Schüler kam dahinter, daß der Statistik größere Aufgaben gestellt werden müßten und daß das Wesen der Statistik gründlicher zu erforschen sei. Dies zeigte er an folgendem Beispiel: Die Kleidung

ist an sich keine Staatsmerkmaligkeit, aber wenn Schmürbrüste, wie auf den Oberalpen, einen nachteilig Einfluß auf die Schwangeren haben, wird die Schür- brüst zu einer Staatsmerkmaligkeit. Und sehr treff- lich kennzeichnet auch sein Schüler Schläger den Wert genauen Zahlenangaben. Mit allgemeinen Angaben, das Land einen segneten Weinwuchs, schöne Manu- turen, einen blühenden Handel, etwas Kornbau usw. be- dienen alle Erd- und Reisebeschreibungen, aber mit i- gleichen Angaben, solange sie nicht in richtigen, wahr- Zahlen ausgedrückt werden, ist der Staatskunde we- gelos.

Diese Auffassung war bis in die neueste Zeit hin- maßgebend. Sie mag für eine Zeit berechtigt gewesen se- in der sich das Wirtschaftsleben viel einfacher als he- abwickelte. Mit der zunehmenden Industrialisierung einzelnen Kulturstaaten wurden aber viel höhere An- sprüche an die Statistik gestellt. Aus der Lehre von i- Staatsmerkmaligkeiten und den Staatskräften, wa- die Lehre von den Massen.

Die Statistik stellt Tatsachen fest, aber nicht j- Tatsachenfeststellung ist Statistik. Wie wir schon herab- gehoben haben, ist das Kennzeichen der heutigen Stati- die Massenbeobachtung. Diese muß aber so beschaf- sein, daß das Einzelne, das Persönliche, die einzelne T- sache zurücktritt oder ausgeschlossen werden kann; das C- meinfame aber, das auf innere Zusammenhänge schließ- läßt, muß zusammengefaßt und hervorgehoben werd- Ist die Beobachtungsreihe zu klein, dann sind die E- sanderheiten zu groß, und eine feste Regel ist nicht- erkennen. Von all den Erfahrungen, die die Masse- beobachtung gebracht hat, ist das Gesetz der großen Z- zu nennen. Man versteht darunter die Möglichkeit, a- in scheinbar zufälligen Dingen Regelmäßigkeiten aus- finden, oder auch, daß sich ein vom menschlichen Will- abhängiger Tatbestand unter denselben Bedingungen- denselben Zeiträumen gleich oft wiederholt, wenn er n- so oft wiederkehrt, daß eine Massenbeobachtung mögl- ist. Zeigen sich in den Massenbeobachtungen Abweichung- von dem nach dem Gesetz der großen Zahl zu erwart- den Ergebnis, so müssen wir umgekehrt annehmen, d- die Bedingungen nicht mehr dieselben sind, daß sich a- in den Motiven der Handelnden oder in ihrer physisch- oder sozialen Grundlage irgend etwas geändert h- Dieser Schluß aus der Abweichung von einem erwart- Ergebnis auf eine Ursache, durch die die Abweichung- bedingt ist, ist der eigentliche wissenschaftliche Schluß d- Statistik. Dr. Böhmert, dem wir hier gefolgt sind, füh- hierzu noch aus: Wie groß das Beobachtungsfeld se- muß, damit das Gesetz der großen Zahl Anwendung find- kann, ist Sache der Erfahrung. Oft genügt als Beob- achtungsfeld eine einzige Person. Bei selten vorkomm- den Ereignissen, etwa bei einem Morde, reicht ein groß- Staat kaum aus.

Das eben Gesagte soll ein Beispiel besser veransch- slichen. Wenn wir beobachten, wie eine Schwalbe i- Nest baut, so haben wir damit beobachtet, wie al- Schwalben ihre Nester bauen. Der Nesterbau der ein- Schwalbe ist typisch für alle Schwalben, denn ein- Schwalbe baut genau so wie die andere. Während a- im Wirtschaftsleben Massenbeobachtungen nötig sind, g- für die Naturwissenschaften der Fall: Was vom Einz- wesen gilt, das gilt auch von der Art oder Gattung. U- unserem Beispiel geht hervor, daß man den typisch- Fällen im Wirtschaftsleben nicht die Bedeutung beimeße- darf, wie es manchmal geschieht. Man greift hin un- wieder eine kleine Gruppe von Personen heraus (in d- Ausnahme, bei ihnen seien typische Verhältnisse vorhan- den), untersucht bestimmte Verhältnisse und überträgt dann- die Ergebnisse dieser Untersuchung auf einen größ- eren

### Die hydraulischen Mörtel.

Als Wasserzement oder hydraulische Mörtel bezeichnet man jene Bindemittel, welche sowohl im Wasser wie auch in der Luft erhärten. Man unterscheidet zwei Haupt- arten: die Traße und die Zemente.

Bei der Erklärung der hydraulischen Mörtel wird als der Hauptbestandteil des Bindemittels (Tonerde oder Kalkstein) unter Einwirkung von Wasser Kieseisener- zeug gebildet. Dieser Vorgang findet unter Wasser eben- falls statt wie an der Luft. An der Luft wirkt auch die Kohlensäure der Luft noch mit; sie bewirkt namentlich eine locale Auflockerung. In diesem Grunde überläßt man Baugewerken gern einige Tage der Ein- wirkung der Atmosphäre, bevor sie unter Wasser gesetzt werden, und versucht auf diese Weise auch das Aus- treten des Mörtels in den Augen durch das Wasser.

Die Traße hat durchweg natürliche Mineralien, deren wesentlicher Bestandteil eine leicht lösliche Kiesel- säure ist. Sie besitzen die Eigenschaft, einem gewöhn- lichen, feinen Kalkzement beigemischt (zugesetzt), diesen in einen Wasserzement zu verwandeln. Die natürlichen Traße sind hauptsächlich: der thüringische Traß oder Dack- stein, die sicilische Pozzolana und die Cantorinerde. Die Wirkung der hydraulischen Traße ist demjenigen Kalk und also um so größer, je feiner sie gemahlen und je besser sie mit dem Kalk vermischt werden. Durch- auswendig - ergibt man die beste Erklärung; die Bindungen werden Puzzolamente genannt.

Der thüringische Traß ist ein Kieselsäure; er bildet ein weißes, gelblich-grünes, poröse, leicht oder weniger dichtes Pulver, welche mit der feinsten Pulvergröße nahe verwandt ist; beide bilden ein vom Wasser angegriffenes- als Kalkzement aus Trümmern vulkanischer Gesteine. Daher der Zusammenhang der Pozzolana mit dem Beise, des thüringischen Traß mit den Kalkstein der Erde. Der Traß im Vesuviale bei Neapel ist aus den trachytischen Gesteinen hervorgegangen und bildet sehr feines, dichter Pulver. Er ist in den Vesuviale eingeschlagen, besonders im Vesuviale, im Vesuviale, in der Gegend von Neapel, bei Pisci, Vesuviale, Vesuviale und Vesuviale. In Vesuviale bildet

er sich bei Neapel. Die Ausgrabungen am Rhein sind schon von den Römern aufgenommen und ununterbrochen bis heute fortgesetzt worden.

Der Traß wird sofort nach dem Brechen zu Pulver gemahlen. Dieses natürliche Steinpulver besitzt dann die Eigenschaft, mit Kalk und Wasser zu Stein zu er- härten. Durch Verarbeitung von Traß in Kalkmörtel wird dieser also hydraulisch, d. h. er erhärtet unter sowohl wie über Wasser. Die Regel für die Anwendung der Traße ist folgende: der für die Mörtelmischung bestimmte Kalkstein wird zu gleichen Raumteilen bei entsprechendem Wasserzusatz mit dem Traßpulver gehörig vermischt. Ehe man die gewünschte Menge Sand zusetzt, bleibt diese Mischung einige Tage liegen, um die Kieseisensäure im Traß zum Nitratanwachen, zur Aufschließung zu bringen. Mit dem Sande mischt man dann noch 1/2 Raumteil des verwendeten Traßes an trockenerm Traß zu.

Die Pozzolanderde wird bei Pozzuoli am Golse von Neapel in Italien gewonnen; sie ist ein vulkanisches Gestein wie der Traß und wird auch wie dieser behandelt und verbraucht. Der Gebrauch der Pozzolana ist schon sehr alt; schon Horaz und Plinius rühmen die Binde- kraft des aus Pozzolanderde hergestellten Mörtels. Vor- züglich brauchbar erweist sich diese Masse zum Straßen- und Wasserbau. Die Zugen zwischen den Steinen der berühmten apulischen Meerstraße, welche vor 2000 Jahren angelegt wurde, haben sich bis jetzt noch erhalten. Auch die Dämme des von den alten Römern angelegten Hafens von Pozzolo, welche von Basalt mit solchem Mörtel ausgefüllt sind, widerstehen noch immer den Wellen des Meeres.

Die Cantorinerde, die auf der Insel Santorin im griechischen Archipel gewonnen wird, ist den vorgenannten Gesteinen ganz ähnlich; sie bietet ein vortreffliches Ma- terial zur Herstellung hydraulischer Mörtel und wurde schon seit langer Zeit in den aus Mitteländischen Meer gelegenen Ländern zu Wasserbauten verwendet. In neuerer Zeit noch sind sie Anwendung zu Wasserbauten in Japan, Tschin und Sibirien. Ihr äußeres Ansehen ähnelt am meisten dem Traß des Vesuviales. Die aus Cantorinerde bereiteten Mörtel bleiben nur so lange im Wasser unter Wasser stehen; da, wo sie abwechselnd trocken und nass werden, zerfallen sie in eine bröcklige, unbrauchbare Masse.

Die natürlichen Traße enthalten 60—80 Prozent Kieseisensäure in meist löslichem Zustande; das übrige ist Tonerde, Eisenoxyd und Alkalien. Ein Zusatz von Traß verbessert auch den Zement bei Seewasserbauten. Nach langem Jahr und Wider ist man vor einigen Jahre auf Grund eingehender Versuche zu dem Schlusse ge- kommen, daß ein Zusatz von Traß tatsächlich dem Por- landzement im Seewasser eine längere Dauer verleiht. Außerdem wird der Verbrauch der Traße heutzutage durch die Ausdehnung und Vervollkommenheit der Zement- fabrication immer mehr auf die Fundorte und deren Umgebung beschränkt; dadurch verlieren sie naturgemäß an Bedeutung für die allgemeine Bautechnik.

„Mit Zement“ bezeichnet man allgemein jene hydrau- tischen Bindemittel, die auf künstlichem Wege hergestellt werden; sie werden durch sorgfältiges Zusammenfügen der Bestandteile — im wesentlichen kohlensauren Kalk und kieseisener Ton, — und durch Brennen und Mahlen derselben gewonnen. In künstlichen Zementen kennen wir Portlandzement, Romazement, Schlacken- zement, Magnesia- zement, Terrazzo u. a.; außerdem gehört hierzu die hydraulischen oder Wasserkaste (Zementkalk). Der wichtigste, beste und am meisten gebrauchte ist der Portlandzement; mit seinen Eigenschaften und seiner Ver- fertigung werden wir uns später noch eingehend be- schäftigen.

Unter „Romazement“ (römischer Zement) versteht man alle natürlichen hydraulischen Kasse von hoher Kieseisensäuregehalt. Diese Kalksteine lösen sich nicht mehr wenn man sie nach dem Brennen in Wasser taucht; sie müssen daher gemahlen und in Pulverform zur Ver- wendung gebracht werden. Mergelartige Kalkablag- rungen, die bei feinem Korn 20—30 Prozent Kiesel- gehalt haben, eignen sich gut zur Herstellung von Roman- zementen. Der zur Fabrication dieses Zementes be- stimmte Mergel wird, wenn er lufttrocken ist, im Kol- oren bei leichter Rotglut gebrannt, wobei sich die Kohlen- säure verflüchtigt. Eine Sinterung (Sintern) des Mo- terials, die bei geringerem Kieseisensäuregehalt des Mo- stoffes nicht schadet, muß bei höherem Kieseisensäuregehalt- vermeiden werden. Die gebrannten Mergel werden so- fort zu Pulver vermahlen; dieses Pulver läßt sich formig anfeuchten und ist von gelblicher bis dunkelbrauner Fä- rbung. Die vorerwähnten Sorten sind sehr zahlreich

von Personen oder Sachen. Diese Umrechnungen haben nur sehr bedingten Wert; häufig entstehen daraus ganz falsche Folgerungen.

Auch die Stichprobenstatistik liefert kein allgemeines gültiges Beweismaterial. Im Falle der Stichprobe nehmen wir an, die Personen oder Sachen, die wir untersuchen, kommen dem Durchschnitt nahe. Man untersucht die Patienten eines Krankenhauses, die Soldaten eines Regiments (z. B. die Zähne oder Augen) an einem Tage. Das Ergebnis einer solchen Untersuchung kann nur als Stichprobenergebnis gelten. Solche Untersuchungen gewinnen aber an Wert, wenn sie regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen vorgenommen werden. Wenn man aus den wiederholten Untersuchungen den Durchschnitt zieht, treten einzelne Eigenheiten in den Hintergrund. Hierher rechnen ich die Arbeitslosenzählungen, ebenso die Verkehrszählungen, die nur an einem bestimmten Tage vorgenommen werden.

Mit der Statistik darf die Enquete nicht verwechselt werden. Neben der Befragung durch Fragebogen findet bei der Enquete eine mündliche Befragung statt. Wie bereits näher ausführt, hat eine Enquete nicht den Charakter einer statistischen Erhebung, denn eine solche ist zahlenmäßig und ihrer Natur nach darauf gerichtet, alle Personen oder Sachen, für die gewisse Merkmale zutreffen, vollständig zu erfassen. Eine Enquete dagegen ist die Grundlage zu einer Darstellung von Tatsachen oder Zuständen, bei der Zahlen keine oder eine nur untergeordnete Rolle spielen, und sie soll auch nicht alles erschöpfend feststellen, sondern in der Regel nur gewisse typische Vorgänge oder Verhältnisse ersichtlich machen.

Der Fachstatistiker unterscheidet primäre und sekundäre Statistiken. Bei einer Primärstatistik wendet man sich direkt an die zur Auskunft verpflichteten Personen, man fragt sie, und sie antworten darauf. Hierher gehören: die Volkszählungen, die Gewerbe- und Berufszählungen, also die direkten Zählungen. Eine sekundäre Statistik kommt zustande, indem man das Material der Verwaltungsstellen, die Geschäftsverträge bearbeitet. In diesem Falle wird nicht die befragte Person befragt, sondern die abgeschlossenen Akten liefern die Auskunft. Es findet sozusagen eine indirekte Zählung statt. Zu dieser Art von Statistik gehören: die Kriminalstatistik, die Statistik der Ehescheidungen usw. Manche Behörden lassen ihr Material selber bearbeiten, andere geben es den statistischen Stellen zur Bearbeitung weiter.

Eine Statistik kann nur Anspruch auf Beachtung machen, wenn vorher alles genau festgestellt ist: wer oder was gezählt werden soll, wann gezählt werden soll und in welchem Gebiet gezählt werden soll. Man nennt dies die Einheit der Person oder Sache, Einheit der Zeit und Einheit des Gebietes. Der einmal so festgelegte Plan darf während der Zählung nicht geändert werden. Greifen wir einmal die Gewerbe- und Berufstatistik heraus. Es werden da Betriebe gezählt, die von 1-6 Personen, von 7-50 und über 50 Personen beschäftigt sind. Diese Unterteilung soll die Grenze zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieb bezeichnen. Ob eine solche Einteilung sachlich richtig ist oder nicht, kann in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden. Wichtig aber ist, daß sie bei der nächsten Zählung nicht geändert wird. Die Zählung findet in einem bestimmten Tage statt. Das Gebiet ist beispielsweise das des Deutschen Reiches oder der Schweiz.

Sehr wichtig für die Beurteilung einer Statistik ist die Zählung regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen oder nur ganz von Fall zu Fall stattfinden. Eine Zählung, die periodisch stattfindet, hat mehr Wert, als eine solche, die nur ganz von Fall zu Fall oder unregelmäßig stattfindet. Die Zählungen sollen regelmäßig und in kurzen Zwischenräumen vorgenommen werden. Dadurch würden wir einen viel besseren Einblick

in die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens erhalten. In langen Zwischenräumen vollzieht sich in der Regel eine rasche Umwandlung, diese aber wird viel besser in Zählungen erfasst, die in kurzen Zwischenräumen stattfinden.

Ein anderer wesentlicher Faktor ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse neuer Zählungen mit den früheren Jahren. Ergibt sich bei einer Zählung, daß die Fragen nicht richtig gestellt waren, oder will man sonst eine zweckmäßige Neuierung einführen, so muß reichlich überlegt werden, ob an dem ursprünglichen Arbeitsplan etwas geändert werden soll oder nicht. Stellt man die Fragen anders oder bringt man Verbesserungen an, dann wird sehr häufig die Vergleichbarkeit beeinträchtigt. Ein Vergleich der verschiedenen Zählungen zeigt aber gerade die einzelnen Tendenzen im Volks- und Wirtschaftsleben. Die Bearbeiter des Arbeitsplanes befinden sich in solchen zweifelhaften Fällen in einer sehr unangenehmen Lage. In ihrer Entscheidung müssen sie berücksichtigen, auf welcher Seite die größten Vorteile sind, und demgemäß müssen sie entscheiden.

Wenn das Material eingegangen ist, dann findet die Sichtung und Prüfung statt. Unrichtig beantwortete Fragebogen müssen berichtigt werden. Die sich hieran anschließende Bearbeitung des Materials erfolgt im allgemeinen nach denselben Methoden: Zettelsystem, Strichlungsverfahren oder Auszählung durch Zählmaschinen. Der Auszählung geht die Entwerfung der Ur- oder Auswertungsstabellen voraus. In diese Tabellen werden die Resultate der Auszählung eingetragen. Gute Urstabellen zu entwerfen, ist eine große Kunst. Den Meister der Statistik erkennt man auch in der Entwerfung der Uebersichten, die für die Veröffentlichung bestimmt sind. Für den Fachmann muß der Bearbeiter der Statistik bis ins einzelne gehende Tabellen entwerfen, damit jener in der Lage ist, alles genau nachzuprüfen und eine sachliche Kritik zu üben. Dann sind aber auch Gesamtübersichten herzustellen, die eine leichte und schnelle Orientierung ermöglichen.

Beim Lesen der Statistik achte man besonders auf die Durchschnittswerte oder Durchschnittszahlen. Wie diese zu beurteilen sind, das zeigen folgende Beispiele: Nehmen wir an, aus den Zahlen 2, 5, 8, 15 soll der Durchschnitt gezogen werden, ebenso aus den Zahlen 6, 7, 8, 9, so erhalten wir jedesmal die Zahl 7,5 als Durchschnittszahl. Es bedarf aber keiner weiteren Uebersetzung, daß der Durchschnittswert, die aus der zweiten Reihe entnommen ist, eine größere Beweiskraft zukommt, als der, die aus der ersten Reihe herangezogen ist. Außer den Durchschnittszahlen sind sehr verständlich auch die Grundzahlen zu beachten. Ihnen ist die Hauptauswertbarkeit zu schenken. Daneben werden auch gewöhnlich die Verhältniszahlen (% , 1/100) genannt. Sie sind beliebt und leicht verständlich.

So große Mühe sich die Statistiker auch immer geben mögen, in ihren Arbeiten werden immer Mängel und Fehler sein. Jeder Kenner weiß, daß auch die beste Statistik ihre Fehlerquellen hat. Ein d. B. B. B. Präsident des Kaiserl. Statistischen Bureau, führt darüber etwa folgendes aus: Veru, gesellschaftliche Uebersetzung und Betrieb fortlaufend zu verfolgen und in kurzen Zeitabschnitten einen zahlenmäßigen Uebersicht darüber zu geben, ist nicht möglich. Der Aufwand an Kosten und Arbeit würde bei solchem Vorgehen eine unvorstellbare Höhe erreichen. Deshalb begnügt man sich mit Feststellungen in größeren Zeitabschnitten. Das ist ein Mangel, um so mehr, als auch hierbei lediglich die Verhältnisse eines bestimmten Tages erfaßt werden können. Die Zählungen ergeben auf diese Weise nur Augenblicksbilder mit allen Unzulänglichkeiten, die dabei unummeidlich sind. Den Nachteilen, die damit verbunden sind, ist um so größerer Einfluß gegönnt, je unzulässiger die Zeitpunkte der zu vergleichenden Zählungen des Landes auf die Jahreszeiten beruhen. Noch präziser spricht sich Dr. W. Böhmert über die Fehlerquellen aus: Hinter jeder Zahl eines statistischen Quotenwertes steht im Urtum Grunde ein Mensch mit seinen Tugenden und Vorzügen. Und wir erkennen den gewissenhaften Statistiker daran, daß er uns in seinen Begleitworten selber auf die Punkte aufmerksam macht, wo das persönliche Urteil bei der Bearbeitung stark in den Vordergrund treten mußte. Was wir verlangen und mit Recht verlangen dürfen, ist nur, daß eine Statistik nicht von vornherein mit der Absicht aufgestellt wird, eine schon vorhandene Meinung zu beweisen, daß nicht der Teil der Ergebnisse, der diesem Zweck entspricht, in einseitiger Weise hervorgehoben wird, während die entgegengesetzten Tatsachen vernachlässigt oder gar unterdrückt werden. Das wäre eine typische Tendenz-Statistik. Der Statistiker muß vielmehr an seine Arbeit herangehen mit der ehrlichen Absicht, auch den seiner Uebersetzung entgegenstehenden Tatsachen in jeder Hinsicht gerecht zu werden. Der Triumph dieser statistischen Unparteilichkeit würde es beispielsweise sein, wenn ein agrarisch beanlagter Statistiker bei der Bearbeitung der Berufs- und Gewerbebeziehung zu der Uebersetzung gelangte, daß seine Ansicht über die überwiegende Bedeutung der Landwirtschaft in unserem Wirtschaftsleben unrichtig ist. Solche Befehrerungen sind jedoch sehr selten. Böhmert glaubt, daß sich die Tätigkeit des Statistikers am besten mit der des Richters vergleichen läßt, von dem man auch die Unparteilichkeit des Urteils fordert, ohne ihm deshalb das Recht der persönlichen Uebersetzungen und Neigungen abprechen zu wollen.

An die Bearbeitung der Statistik reiht sich ihre Darstellung an. In der Regel besorgt der Statistiker auch dieses Geschäft. Auf seine Ansicht wird man deshalb besonderen Wert legen dürfen, weil zu der richtigen Würdigung, zum Verständnis einer statistischen Untersuchung eine beträchtliche Summe von Kenntnissen und praktischen Erfahrungen gehört. Der Bearbeiter einer Statistik ist ihre geborene Ausleger, denn er kennt ihre Schwächen am besten. Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß er allein in der Lage ist, die Statistik richtig anzulegen. Nach einem eingehenden Studium der Methode und der Ergebnisse einer statistischen Untersuchung kann auch der Volkswirt, Politiker usw. zu einem zutreffenden Urteil kommen. Ja, sein Urteil ist manchmal

zutreffender als das des Bearbeiters. Namentlich dann, wenn jemand große Sachkenntnis auf dem Gebiet besitzt, das der Statistiker bearbeitet hat. Es sei nochmals betont: wer immer auch eine Statistik auslegen oder erläutern mag, ohne kritisches Verständnis und ohne große Sorgfalt soll niemand an diese Arbeit herangehen. Durch nichts wird das Ansehen der Statistik mehr geschädigt, als durch die Auslegung durch Unberufene. Diese sind es, die dazu beigetragen haben, daß man hin und wieder das Urteil hört: mit der Statistik könne man alles beweisen.

Eine Arbeit über Statistik wäre sehr unvollständig, wenn nicht auch darauf hingewiesen würde, daß die private Statistik mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. In neuerer Zeit sind es hauptsächlich die Arbeitervereine, die Arbeiter-, Privatangehörigen-, aber auch Arbeiterverbände, die durch die Statistik die wirtschaftliche und soziale Lage ihrer Mitglieder erforschen. Dazu kommen die Arbeitgeberverbände, die ebenfalls Erhebungen zu statistischen Zwecken vornehmen.

Die Beteiligung Privater an der Statistik erfordert einige erklärende Worte. Und zwar deshalb, weil es Leute gibt, die die amtliche Statistik für unannehmbar halten, der privaten aber großes Vertrauen entgegenbringen. Gewiß, in einem Punkte steht es den privaten Erhebungen: sie können nicht mit Zwangsgewalt durchgeführt werden. Die Beteiligung an der Beantwortung der ausgehenden Fragebogen läßt deshalb manchmal zu wünschen übrig. In großen und ganzen aber (Entwerfung der Fragen, Sichtung und Prüfung des Materials und in der Bearbeitung) stehen die privaten Statistiken den amtlichen kaum nach. Denn die Fragebogenentwerfung und die übrigen Arbeiten werden im allgemeinen von Sachkennern und ja nicht geschulten Leuten ausgeführt. Was wir über Fehlerquellen gesagt haben, trifft natürlich auch (den Verhältnissen der privaten Statistik angepaßt) auf die private Statistik zu.

Unsere wirtschaftliche Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß nicht nur die Methoden der Bearbeitung verbessert und vervollkommen wurden, sondern auch der Begriff Statistik hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Aus der Feststellung von reinen Tatsachen, aus der Lehre von den Staatsmerkmaligkeiten und den Staatskräften ist die Lehre von den Massen geworden. Die Statistik ist hier der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gefolgt. In dem Augenblick, wo die Masse als selbständiger Faktor in das Wirtschaftsleben eintrat, mußten sich auch die Methoden der Datenerhebung ändern. Besondere Tendenz für die heutige Auffassung der Statistik ist, daß man von Sozial- und Kulturstatistik redet. Jenseit konnte der Handels- und Gewerbebetriebe seinen Markt nicht übersehen. Das alles ist anders, viel unübersichtlicher geworden. Die Produktion des Warenverkehrs hat sich in einem kleinen, meist bestimmten Kundennetz in der Hauptstadt durch die Produktion für den Markt erweitert und wird für den großen Markt des Landes vertrieben, in jeder für den Konsum. Wir haben vorangetragen der Produktion, daß ihm da die Statistik den Weg zeigt, der zu den besten Abzweigungen führt.

Unsere amtliche Statistik sucht allen diesen Anforderungen möglichst gerecht zu werden, so z. B. in der Abgrenzung des Ein- und Ausfuhrverkehrs usw. Die Bedeutung dieser Art von Statistik geht Tage und Tage an. In der Statistik hervortreten. Eine Sonderbedeutung in Chicago rührt von Geis für Gerichte auch in Vorkommern in die Höhe. Die Verbindung einer neuen Menschen erwerbenden Maschine in Venedig kann Tausende von Arbeitern in den deutschen Mittel- und Westlandern machen. Ein Forum über den Bedarf des Weltmarktes kann unter Umständen sehr für die großen Uebersetzungen vorkommen. Erst die produktive Bearbeitung des Materials der Vorarbeiten und Diskussionslage, der Stabilität des Aktien- und Anleiheparcours, der Wirtschaft usw. gibt uns eine bleibende, eine wissenschaftliche Einsicht in den Gang der wirtschaftlichen Lebens, eine Einsicht, die schließlich auch für die politische Praxis von größter Bedeutung ist. Böhmert ist der Meinung, daß es uns auf diesem Wege gelingen wird, die Uebersetzung im Felde der Uebersetzungen und der Uebersetzungen annehmlich aus ihrem Uebersetzungsleben zu veranlassen. Trotz der Fortschritte, die die Statistik in dieser Beziehung gemacht hat, ist sie noch immer anzusehen, wenn sie die Bedürfnisse des täglichen Lebens befriedigen will.

Am größten aber sind die Fortschritte in der Sozialstatistik. Da sind es namentlich die Wanderungen, die unter Interesse in Anspruch nehmen. Eine gewaltige Bevölkerungsveränderung vollzieht sich heute vor unseren Augen. Schwärme von italienischen und slavischen Arbeitern (Sachjongängern) ergießen sich teils zu vorübergehendem, teils zu dauerndem Aufenthalt über Deutschland, Frankreich, England und die Vereinigten Staaten. Eine neue, diesmal friedliche Völkerwanderung, die dem weltgeschichtlichen Geschehen folgt, daß die niedrigeren und anspruchsloseren Lebensgestaltung die höhere verdrängt. Mit ihren vervollkommenen Methoden wird die Statistik diesem Wanderungsprozess bis ins einzelne hinein gerecht.

In ganz besonderer Weise zeigt sich die Bedeutung der Statistik auf dem engeren sozialen Gebiet. Böhmert nennt die Sozialstatistik geradezu das soziale Gewissen unserer Zeit. Nach seiner Meinung wäre die große französische Revolution nicht ausgebrochen, wenn etwas mehr Statistik als Massenbewußtsein vorhanden gewesen wäre. Das spätere Staatsumweltsungen weniger blutig geworden seien, verdankten wir nicht zum geringsten Teile der Tatsache, daß man sich der Statistik als einer Waffe bedienen lernte, die auf die Dauer wirksamer ist als Pulver und Meißel und als der Theaterdonner großer Volksdemonstrationen. Die Statistik als Waffe der aufstrebenden Volksschichten, das ist der wichtigste neue Zug, den unsere moderne Statistik gegenüber der früheren aufweist. Denn die aufstrebenden Volksschichten haben auch immer die Massen für sich, und die Masse wird nur durch Zahlen erfasst (d. h. durch die Statistik) und kommt sich selbst und den übrigen also erst durch die Statistik zum Bewußtsein.

Der Romanelement soll volumensbeständig sein, der Luft der dem Wasser ausgesetzt, darf er nicht rissig werden, Blättern oder treiben. Beim Anmachen zu Mörtel wärmt sich der Romanelement in der Regel leicht; von den hydraulischen Bindemitteln bindet er ziemlich am meisten. Der mit Romanelement hergestellte Mörtel eignet sich besonders zu Bauten unter Wasser.

Die Hauptbestandteile des Schladensements sind Hochschlacke, Kalk und etwas Salzsäure. Dieser Zement ist pulverförmig wie gewöhnlicher Zement in den Handel; er ist von großer Bindkraft und erhärtet schnell. Magnesiaement ist ein weißer, gießbarer Zement, der schon nach wenigen Stunden vollständig erhärtet. Er besteht aus gemahlener Magnesia, welches mit einer Normmagnesiumlösung zu Brei verrührt wird. Die Masse ist zum Guß und zur Herstellung beliebiger Gegenstände, eignet sich aber durch eine ungewöhnliche Bindkraft ganz besonders als Steinmörtel für alle Steinarten und zum Zusammensetzen und Ausbessern von Mühlensteinen. Magnesiaemörtel wird aus Magnesiaalkali und Sand hergestellt.

Terrazzo ist ein wetterfestes, beständiges, farbiges Baumaterial zur Mörtelbereitung für dekorative Fußböden. Die zur Herstellung verwendeten Rohstoffe gehören zum Teil der Gruppe der hydraulischen Bindemittel an und verursachen gerade eine bedeutende Nachwirkung im Wetter. Die Färbung wird erzeugt durch Farbstoffe, welche ebenfalls zur Erhöhung der Bindkraft beitragen und eine härtende Einwirkung äußern.

Zur Bereitung von hydraulischen oder Zementkalken können sich viele Sorten von Kalksteinen, die etwa 10 bis 15 Prozent Kieselsäure aufweisen. Sie lassen sich leichter brennen als fetter Kalk und sind deshalb an den Fundamenten billiger herzustellen als der reine Kalk. Die Kalken werden trocken zu Pulver gelöst. Die Erhärtung daraus bereiteten Mörtel geschieht unter Wasser im Vergleich zu Zement sehr langsam fort. Seine hauptsächlichste Verwendung findet der Zementkalk aber als Mörtel; er ist namentlich wegen seiner Dichtigkeit und geschäftes und vielgebrauchtes Mörtelmaterial.

A. Mutterbrecht, Söbreg



**Ankenntnis der bestehenden Bestimmungen die Beamten von energischem Einschreiten ab.** Bei der Schlussberatung stellte sich die Mehrheit der Anwesenden auf den Standpunkt, daß Ausnahmegesetze nach allen Erfahrungen nur der Verschärfung der Massengegenstände und damit der Sozialdemokratie dienen.

So denken Industrielle, also Männer, die mitten in der Praxis stehen und denen man Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse nicht wird vorwerfen können, über ein Verbot des Streikpostens. Den Schreibern, die nicht laut genug nach einem solchen Verbot rufen können, wird die Stellungnahme des Solinger Hansa-Bundes höchst unbequem kommen. Ueber die Wichtigkeit der obengeschilderten Wirkungen eines solchen Verbots kann für den Kenner der Verhältnisse auch keinen Augenblick lang ein Zweifel sein.

**Ueberflüssige Freude.** Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ teilt ihren Lesern sehr erfreut mit, daß sich die Gelben auf dem Vormarsch befänden. Diese Freude ist recht überflüssig, denn im Baugewerbe gibt's keine Gelben. Auf dem Bau weht eben eine andere Luft wie in der Fabrik. Interessant sind folgende Ausführungen der „Westdeutschen“:

„Sie (nämlich die Gelben) halten aber auch ihre Absonderung von den christlichen Gewerkschaften für geboten, weil diese gleichfalls gewerkschaftlichen Tendenzen sich hingeben und häufig genug mit den sozialdemokratischen Klassenkämpfern gemeinsame Sache machen, z. B. auch die Beteiligung an einer kräftigen Agitation für den Schutz der Arbeitswilligen ablehnen.“

Die Feststellung, daß die christlichen Gewerkschaften gleichfalls „gewerkschaftlichen Tendenzen sich hingeben“, wirkt durch ihre Naivität wirklich köstlich. Und daß die christlichen Gewerkschaften für eine Verstärkung des Arbeitswilligenschutzes eintreten würden, hat die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ doch wohl selber ernsthaft nicht erwartet. Wir sind in dieser Frage ganz derselben Meinung wie das „Zentralblatt für das Deutsche Baugewerbe“, das in seiner Nummer 35 vom 30. August 1912 schrieb, „daß der Schutz der Arbeitswilligen schon durch die bestehende Bestimmungen der Gewerbeordnung erwirkt werden kann, wenn sie nur angewendet werden“.

**Tod der Maifeier!** Die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ meldet aus Düsseldorf:

Der sozialdemokratische Fabrikarbeiterverband, der in 200 000 Mitglieder zählt, hat auf der letzten Generalversammlung beschlossen, die bisherige Unterstützung für die aus Anlaß der Arbeitsruhe am 1. Mai Ausgesperrten in Zukunft fortzusetzen zu lassen. Ferner wurden die bisherigen Bestimmungen über die Teilnahme der Verbandsmitglieder so gestaltet, daß praktisch eine Maifeier ausgeschlossen ist; es müssen nämlich in einem Betriebe zwei Drittel der Beschäftigten mindestens drei Monate organisiert sein, erst dann soll überhaupt über die Arbeitsruhe am 1. Mai beraten werden, und erst wenn in der betreffenden Betriebsversammlung zwei Drittel der Beschäftigten anwesend sind, kann mit 2/3-Stimmenmehrheit ein Beschluß für die Feier des roten Festtags durch Arbeitsruhe gefaßt werden.

**Arme Maifeier!**

**Wo sitzen die Streikbrecher?** Nach einem verloren gegangenen Streit in der Steinzeugfabrik Friedrichshafen im Mannheim Jakob die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme“ (Nr. 170, 1912) die Schuld an dem Mißstand a. auf Streikbrecher, die „aus stockkatholischer Gegend“ kämen. Damit soll nur der Tatbestand verriekt werden, denn keine stockkatholische, sondern sozialdemokratische Arbeitswillige haben den Kampf zuungunsten der Arbeiter entschieden. Ein Mitglied des sozialdemokratischen Töpferverbandes, Namens Lehmann, gleichzeitig Mitglied der Streikkommission, ließ sich mit noch fünf anderen Genossen, geleiteten Töpfern, von der Direktion überziehen und zum Streikbruch verleiten. Das unter dem Empörtentum der Arbeiterchaft von Bestrafung geredet und die Summe von 500 M. genannt wird, sei nur nebensächlich. Durch den Unfall der Töpfergenossen aber war der Streit verloren. Das verdrängt die sozialdemokratische Presse und versucht mit dem Hinweis auf Arbeitswillige aus angeblich stockkatholischen Gegenden die Schuld von dem roten Streikbruch abzulenken.

**Wirtschaftliche Bewegung.**

Gesperrt sind: **Mühlheim-Ruhr** (Sperrung über die Firma Barth und Hoffmann wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Wien** (für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen). **Hilfshausen** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). **Wien i. Westf.** (gesperrt für Zimmerer ist die Firma Wager). **Gelsenkirchen** (Plattenleger) Sperrung über die Firma Hünnefeld & Co. **Oberglogau**, Kreis Neustadt D.-S. Sperrung über den Bauunternehmer Brig wegen Nichtanerkennung des bestehenden Tarifs). **Berlin** (Dachdecker). **26. Juli** allgemeine Dachdeckerstreikung. **Biberach** (Sperrung über die Firmen Garton jr. und sen. wegen Nichtanerkennung). **Ibbenbüren** (Sperrung über den Bauunternehmer Wuhmann wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Wanne** (Sperrung über die Firma Leong, Wollmünchen über den Schleifenbau am Rhein-Herne). **Hamm** (Westf.) (Sperrung über das Stützgeschäft durch Müslers wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Berlin** (Sperrung über die Firma Döring und Lehmann aus Hennau an den Erweiterungsbauten der Grube Lucretia wegen Nichtzahlung des Tariflohnens.) Bezug ist fernhalten.

**Bezirk Nürnberg.**

**Cham, Oberpfalz. (Koalitionsfreiheit.)** Was sich ein Unternehmer, der noch dazu seinen Fortschrittsstimm und seine Arbeiterfreundlichkeit nicht stark genug hervorheben kann, seinen Arbeitern gegenüber alles erlauben darf, zeigt nachfolgende Darstellung. In einem Industriestädtchen mit ca. 5000 Einwohnern übt der Architekt Max Stück ohne jede nennenswerte Konkurrenz ein Baugeschäft aus. Die Löhne für seine Arbeiter spotten jeder Beschreibung. So erhalten die Maurer und Zimmerleute noch 30-37 Pf., Hilfsarbeiter noch 18 bis 24 Pf. Stundenlohn. Damit auch tüchtig geschuftet wird, wird eine Anzahl Vorarbeiter aufgestellt, so daß fast auf drei Arbeiter immer ein derartiger Antreiber kommt. Läßt nun einer dieser Arbeiter die Meinung aufkommen, daß eine Verbesserung erstrebt werden sollte, so fliegt er unbarmerzig auf die Straße. Bereits im Jahre 1907 hatte unser Verband dort eingeseht, um für die Arbeiter menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Sofort nach der Gründung wurden die Leiter der Zahlstelle entlassen und dadurch erreicht, daß sich die Zahlstelle wieder auflöste. Der zweite Versuch wurde im Jahre 1911 gemacht. Sofort forderte Architekt Stück unseren Vorsitzenden und Schriftführer auf, aus dem Verband auszutreten. Als die Kollegen standhaft blieben, wurden sie sofort entlassen. Auch die anderen Kollegen wurden vor die Entscheidung gestellt, entweder aus der Organisation auszutreten oder broilos zu werden. Jeder fehlte den Kollegen aus diesmal der Mut, und so hatte der Unternehmer wieder seinen Selbstzack gerettet. In diesem Jahre ist nun in Cham eine sehr gute Bautätigkeit. Die Baugenossenschaft des Eisenbahnpersonals baut eine Anzahl Wohnhäuser, welche Arbeiter Stück übertragen sind. Da die Lebenshaltung der Arbeiter immer teurer wurde, der Unternehmer aber nur schöne Worte hatte, aber keine anständigen Löhne zahlte, so vereinbarten die Kollegen, sich endlich unserem Verbande anzuschließen. Bereits hatten zwei rührige Kollegen 18 Mitglieder zusammen, da bekam durch irgendeinen Schmarozer der Unternehmer von der Sache Kenntnis. Untenbrannt, daß sich die Arbeiter ohne seine Erlaubnis organisieren, ging er sofort daran, den „Hegern“ seinen Herrn-im-Hause-Standard klarzumachen. Unser Vertrauensmann Elmann, welcher schon über 10 Jahre bei Stück beschäftigt ist, jagte die erste Polizeistelle eingenommen hat, wurde am Donnerstag, den 8. August, nebst seinen beiden Söhnen und Schwiegerjohn entlassen. Dem Unternehmer muß zu dieser Maßregelung selbst der Mut gefehlt haben, die Entlassung mündlich mitzuteilen, denn in nachfolgendem Schreiben wurde diesen Kollegen ihr Urteil verkündet.

**Ab schrift:**

Cham, den 8. August 1912.

Herr Elmann!

Da sich Ihr Benehmen mir gegenüber in der letzten Zeit immer unfreundlicher und verächtlicher gestaltete, Sie mit meinen Anordnungen am Bau, die auf eine rasche Vollenbung hingedeu, nicht einverstanden sein können, was Ihre Bemerkung anderen Arbeitern und auch schon mir gegenüber beweisen, Sie also einem gedeihlichen Fortgang des Baues eher hinderlich sind, so sehe ich mich veranlaßt, Sie Ihres Dienstes in meinem Baugeschäft zu entheben.

Mit Ihren Leistungen als Polier war ich übrigens schon längere Zeit nicht mehr zufrieden, und erwarte ich mir von Ihrem Nachfolger Raver Dankerl, der, nebenbei bemerkt, sehr tüchtig ist, einen harmonischen Fortgang der Arbeiten.

Gegen Ihre Söhne und Schwiegerjohn habe ich eigentlich nichts einzuwenden, insbesondere kann ich dem Michael meine Anerkennung über Fleiß und ordentliches Benehmen nicht versagen. Ich muß es deshalb bedauern, daß diese unverschuldeterweise um ihren Verdienst kommen.

**Achtungsvollst**

M. Stück.

Wahrscheinlich aus Mangel an Maurern schrieb Stück am anderen Tage einem der gemäßregelteten Kollegen folgenden Brief.

**Ab schrift:**

Cham, den 9. August 1912.

Lieber Herr Michael Elmann!

Ich weiß und habe es auch gehört, daß es Ihnen hart ankam, aus meinem Geschäft zu scheiden zu müssen. Ich weiß auch, daß es gut wäre, wenn Sie sich fürs Militär noch einen Verdienst auf die Seite legen könnten. Wenn Sie es wünschen und wenn Sie anderweitig keine passende Arbeit finden, werde ich Ihnen noch eine lohnende Arbeit, wenn auch nicht gerade in meinem Geschäft, zubringen. Ich werde Ihnen auch während der Militärgzeit hier und da eine Unterstützung zuteil werden lassen, falls Sie mir schreiben. Nach Abdimung Ihrer Militärgzeit werde ich bestrebt sein, Sie als Vorarbeiter in mein Geschäft aufzunehmen.

Für Ihre Treue und Ihren Fleiß während des Aufenthaltes in meinem Geschäft spreche ich Ihnen speziell meinen besten Dank aus.

**Fremdlichst**

M. Stück.

Hier wird diesem Kollegen der Dank für Treue und Fleiß ausgesprochen, aber trotzdem wird er entlassen, nur weil er von seinem gesetzlichen Koalitionsrechte Gebrauch machte.

Am Samstag, den 24. August, hatten wir nun die Bauarbeiter schriftlich durch ein Flugblatt zu einer Versammlung eingeladen. Sofort nachdem der Unternehmer von der Versammlung Kenntnis erhielt, setzte er auch schon mit der Gegenagitation ein. Sein „neuer“ Bauführer (denn lange hält es keiner bei Stück aus), war ihm bei dieser lauberen Arbeit behilflich. Der Bauführer hat wahrscheinlich in seinem früheren Wirkungsgebiete (Augsburg) die gelbe Bewegung studiert und will sie jetzt in Cham in die Praxis umsetzen. Doch sei dem, wie es will. Architekt Stück und sein Bauführer hatten

Glück mit ihrer Agitation. Nur 6 Kollegen hatten den Mut, in unsere Versammlung zu kommen. Alle übrigen fanden sich auf Befehl des Unternehmers im Postbräuübtl zu einer Versammlung zusammen, wo dann Herr Stück unter Verabreichung von Freibier nebst zwei Broten den bedauernswerten Kollegen die „Schäden“ der Organisation „Marlegte“. Was an Unwahrheiten und Verdrehungen aufzubieten war, wurde hier vorgebracht. Da der Unternehmer doch nicht so recht redegewandt zu sein scheint, hatte er sich noch als Medner einen liberalen Agitator (einen Hauptlehrer aus Cham) zu Hilfe genommen. Der Zweck dieser Versammlung sollte sein, die Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes zu vereiteln und dafür einen gelben Wertverein zu gründen, wozu Stück für nächstes Jahr 400 M. in Aussicht stellte. Zum Schluß, als der reichlich genossene Alkohol und die schönen Reden ihre Schuldigkeit getan hatten, ließ der Unternehmer nachfolgende Resolution beschließen.

**Ab schrift**

der am 24. August 1912 im Postbräuübtl in Cham gefaßten Resolution der Bauarbeiter des Baugeschäftes Stück:

„Das heute am 24. August 1912 im Postbräuübtl versammelte Personal des Stückischen Baugeschäftes erklärt, wie im vorigen Jahre, nun wiederholt, daß es mit dem Vorgehen des Organisationsleiters H. Sommer nicht sympathisiert und in Gefahren als zubringlich und unpassend bezeichnet, zumal Herr Sommer wissen wird, daß der weitaus größere Teil unserer Kollegen mit seinem Meister in jeder Beziehung im besten Einvernehmen lebt. Man ist darüber einig, daß derartige Zirkulare, wie sie Herr Sommer und Stück in den letzten Tagen uns zustellten, nur darauf hinauszielen, daß gute Einvernehmen mit unserem Meister zu stören. Wir verbieten uns für alle Zukunft jede Einmischung in unsere Angelegenheiten. (Folgen 40 Unterjchriften.)“

Der Unternehmer hatte sogar noch die „Liebenswürdigkeit“, unserem Bezirksleiter Sommer eine Abschrift dieser Resolution zuzuschicken. Abends spät verließen schwankende Gestalten die Versammlung in dem Bewußtsein, wieder einmal durch den Teufel Alkohol und zwei Brote ihr Koalitionsrecht und ihre Arbeiterwürde verkauft zu haben. Einer dieser Teilnehmer, der so besoffen war, daß er im Straßengaben sein Nachtlager aufschlagen wollte, meinte zu einem christlich organisierten Polier: „Ach, ist aber unser Meister gut, und bezahlt hat er alles.“ (Er meinte natürlich das Sauigelage.)

In diesem Falle sind nur die Arbeiter zu bedauern, welche sich als Lohnslaven behandeln lassen. Um Brot und Bier geben sie Arbeiter- und Menschenrechte preis. Daß sich auch Nichtarbeiter zu derartigen traurigen Knebelungen der Arbeiter als Handlanger hergeben, zeigt diese Herren erst in ihrem richtigen Lichte. Man kann wohl eine Arbeiterbewegung hemmen, aber ausrotten niemals. Hoffentlich kommt auch recht bald bei den Bauarbeitern von Cham die Erkenntnis, wohin als Arbeiter ihr Weg gehen muß und wo ihre wahren Freunde sind. Ein ehrlicher, charakterfester Arbeiter will keine Umosen, sondern einen menschenwürdigen Lohn.

**Verbandsnachrichten.**

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzulenden. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschreiben werden und es muß an einer Seite ein ca. zwei-fingerbreiter Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.)

**Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 15. September, der neun- und zwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.**

**Allenstein.** (Sozialdemokratische Helben-tat.) Hier wurden in der Nacht zum ersten Pfingstfeiertag in einem Neubau neugelegte Kachelöfen demoliert. Da diese Öfen von christlich organisierten Dienstleuten gesetzt waren, so wurde die Vermutung laut, daß es sich hier um einen sozialdemokratischen Nachschuß handelte. Diese Vermutung hat sich nun auch als richtig erwiesen. Als Täter ist der sozialdemokratisch organisierte Töpfer J. Koslowski, der auch Vorsitzender der Filiale Allenstein des roten Töpferverbandes ist, ermittelt und verhaftet worden. Derselbe hat die Tat bereits eingestanden. Da die Öfen noch nicht ganz fertig waren und gegen Afford-löhne gesetzt wurden, so gingen durch die Demolierung die christlich organisierten Dienstleute ihres Lohnes verlustig. Und so etwas nennt sich Kulturpartei.

**Friedrichshafen.** (Maßregelung wegen Förderung der praktischen Durchführung des Arbeiterkampfes.) Da ich bereits im Verbandsorgan auf die hier bestehenden Mißstände hingewiesen habe, dürften den Kollegen die hierigen Verhältnisse in dieser Beziehung hinlänglich bekannt sein. Wir besaßen uns nicht bloß damit, die Sache zu veröffentlichen, sondern schritten auch über zur Tat. Doch da hatten wir die Rechnung ohne die Unternehmer gemacht. Als ich dies-halb beim Unternehmer J. M. Frosch, bei dem ich seinerzeit in Arbeit stand, auf Vratem des Stadtkammermeisters vorstellig wurde, erklärte mir derselbe ins Gesicht hinein: „Wenn es Ihnen hier nicht so paßt, so können Sie hingehen, wo Sie es besser gemacht bekommen.“ Als ich ihm daraufhin antwortete, damit sei die Sache nicht abgemacht, erklärte er mir: „Ich will Ihnen was sagen, Gang, holen Sie heute abend Ihr Geld.“ Ich wurde also entlassen. Man sieht auch hier wieder mit aller Deutlichkeit, mit welcher verwerflichen Mitteln man von seiten der Unternehmer gegen gerechte Forderungen, welche sogar noch gesetzlich festgelegt sind, vorgeht. Der Unternehmer be-läßt allerdings, daß er mich aus diesem Grunde ent-lassen habe. Man sieht also auch hier wieder mit aller Deutlichkeit, wie der einzelne in der Vertretung seiner gerechten Forderungen nur eine Null bedeutet, und daß



Schluss für Eisenbeton im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, des Reichsverkehrsamts und des königlichen Materialprüfungsamts zur Begutachtung vor. Den Vorsitz führte Herr Königl. Geheimer Baurat Gelsch. Die Versammlung, die zum größten Teil aus Unternehmern größerer Betonbaubetriebe und anderen geeigneten Fachleuten bestand, unterzog den Entwurf einer eingehenden Durchberatung und brachte an demselben eine große Reihe von Änderungen an. Dieser abgeänderte Entwurf wurde nun nochmals eingehend durch beraten und unter Anbringung verschiedener redaktioneller Änderungen als endgültiger Vorschlag zur Aufnahme in die Unfallverhütungsvorschriften der zwölf Baugewerkschaften beschlossen. — Da die neuen Vorschriften für das gesamte Baugewerbe von außerordentlich großer Wichtigkeit sind, so geben wir nachstehend den beschlossenen Entwurf wieder:

§ 1. Für die Zweckmäßigkeit und Güte des zu verwendenden Materials und die sachgemäße Anleitung und Beaufsichtigung der Arbeiten gelten die entsprechenden Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften für Bauarbeiten im allgemeinen.

§ 2. Alle Rüstungen und Einschaltungen sind tragfähig herzustellen, derart, daß sie auch leicht und gefahrlos entfernt werden können. Zu diesem Zwecke sind die Stützen oder Lehrbögen auf Keile, Sandlästen oder Schrauben zu stellen, damit durch allmähliches Lösen derselben das Lehrgerüst langsam gesenkt werden kann. Die Verwendung von Wälzweilen (Lehrgerüsten) als Unterstützung für Deckenschalungen ist nur bis zu einer Spannweite von 2,50 Meter zulässig, falls nicht Zwischenstützen angewendet werden. Das Ausstapeln von Baustoffen auf derartigen Einschaltungen ist verboten.

§ 3. Bei allen unterstützten Lehrgerüsten dürfen gebohrte, daß heißt aufeinandergesetzte Unterstützungshölzer (Steißen) nur bis zur Hälfte ihrer Gesamtheit verwendet werden. Gestohene Steißen dürfen nur abwechselnd mit aus einem Stück geschnittenen Steißen gesetzt werden. Die Schnittflächen der gestohlenen Steißen müssen wogerecht glatt aufeinander passen. An der Stoßstelle sind sie durch augenagelte, mindestens 0,7 Meter lange hölzerne Lagen gegen Ausbiegen und Knicken genügend zu sichern. Bei Steißen aus Rundholz sind drei, bei solchen aus Bierlantholz vier Lagen für jeden Stoß zu verwenden. Mehrmals gestohene Steißen sind unzulässig. Mit Rücksicht auf die Knickgefahr ist der Stoß in das obere Drittel der Steißen zu verlegen. Steißen von 5—8 Meter Länge müssen untereinander sowohl nach der Längens- als auch nach der Querschnittsrichtung abgeschwertet werden. Steißen unter 7 Zentimeter Stumpfstärke sind unzulässig. Die Steißen müssen eine unverrückbare Unterlage aus Holz (Steißen, Anklötzern) erhalten. Bei nicht tragfähigem Untergrund sind Pfahlkonstruktionen anzuwenden. Steißen mit Tele- oder Schraubverlängerung sind unzulässig. Bei Herstellung von Decken und Gewölben, die sich in größerer Entfernung als 8 Meter vom Fußboden befinden, oder bei schwerbelasteten Konstruktionen sind die Steißen aus besonders starken oder getüppelten Hölzern zu fertigen, die wogerecht miteinander zu verbinden und durch doppelte Kreuzstreben besonders zu sichern sind.

§ 4. Bis zur genügenden Erhärtung des Betons sind Bauteile gegen die Einwirkung des Frostes und gegen vorzeitiges Austrocknen zu schützen, sowie vor Erschütterung und Belastung zu bewahren. Die Frieten, die zwischen der Verlegung des Einstampens und der Entfernung der Schalungen und Stütungen liegen müssen, sind von der Witterung, von der Stütweite und dem Eigengewicht der Bauteile abhängig. Die seitliche Schalung der Balken, die Einschaltung der Pfeiler, sowie die Schalung der Deckenplatten darf nicht vor Ablauf von drei Tagen, die Stützung der Balken nicht vor Ablauf von drei Wochen beseitigt werden. Bei größeren Stützen und Abmessungen sind die Frieten bis zu sechs Wochen zu verlängern. Beim Ausschalen von Unterbögen und Balken sind die Endsteißen und zwei bis drei Mittelsteißen an ihrem Standort zu belassen. Decken über 2 Meter Spannweite sind in der Mitte ebenso wie die Unterzüge und Balken wieder zu unterstützen. Die Unterstützung soll nach der Ausschaltung noch wenigstens 14 Tage erhalten bleiben. Tritt während der Herstellung Frost ein, so sind die vorgenannten Frieten um die Dauer der Frostzeit zu verlängern. Bei Wiederaufnahme der Arbeiten nach dem Frost sind die unteren Frieten abgehoben und genügend erhärtet. Bei Herstellung von Beton- und Eisenbetonarbeiten ist ein Tagebuch zu führen, aus dem die Zeitabstände zwischen der Ausführung der einzelnen Arbeiten stets nachzusehen werden können. Das Tagebuch ist dem technischen Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 5. Sollen Decken in mehreren Geschossen übereinander hergestellt werden, so ist mit der Ausführung der untersten Decke zu beginnen. Jede einzelne Decke muß solange auf Schalung stehen bleiben, bis die nächst obere fertiggestellt ist. Während des Betonierens einer Decke sind in dem darunterliegenden Geschoss die Keile abzuheben zu prüfen und, wenn erforderlich, nachzutreiben.

§ 6. Die Benutzung von noch nicht ausgeschalteten zum Stapeln von nicht sofort zur Verwendung kommenden Baumaterialien ist verboten. Ausgeschaltete dürfen nur benutzt werden, wenn ihre Oberflächen einem Bretterbelag versehen sind und wenn die Keile noch mindestens 14 Tage nach der Ausschaltung stehen bleiben. Das Abwerfen und Abkippen von Decken (Steinen, Balken, Brettern, Trägern usw.) auf den hergestellten Decken ist verboten.

§ 7. Bei der Ausschaltung ist das rückwärts Fortbewegen und Abwagen der Steinhölzer und Lehrbögen, die abgesetzt sind, verboten. Das Fortnehmen der Steißen muß von beiden Enden aus nach der Mitte geschehen.

§ 8. Für Eisenbetonbauten, die zunächst nur aus Stützen und Decken bestehen und bei denen die Ausmauerung der einzelnen Zwischenfelder zwischen den Betonstützen erst nach Fertigstellung der Betonarbeiten erfolgt, hat der Unternehmer der Betonarbeiten für die nötigen Schutzdächer und Abdeckungen Sorge zu tragen. Ueberhaupt hat er alle Bestimmungen, welche bezüglich der Rüstungen, Leitern und Leitergänge, Förderung von Rüst- und Baumaterial, Aufzüge, Hebezeuge, Windvorrichtungen, Maschinen sowie Abdeckungen der Balken- und Trägerlagen in den Unfallverhütungsvorschriften enthalten sind und bei Betonarbeiten in Betracht kommen, genau zu befolgen. Die Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften über die Anbringung von Dachdeckerstahlgerüsten gelten auch für Betonarbeiten zur Herstellung von Dachflächen. Bei Dächern von über 45 Grad Neigung haben sich die Arbeiter durch Anlegung von Sicherheitsgurten und -seilen, die stets zur Stelle sein müssen, vor dem Absturz zu sichern.

§ 9. Alle mit Hervorstehenden Nägeln versehenen Holzteile (Lagen, Brettstücke usw.) sind beim Ausschalen sofort aus dem Verkehrsbereich zu entfernen, oder es sind die vorstehenden Nägel sofort zu beseitigen oder umzuschlagen.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß der Verband der Baugewerkschaften-Verufsgenossenchaften zurzeit mit der Ausarbeitung von Normal-Unfallverhütungsvorschriften für das Baugewerbe beschäftigt ist. In diese Vorschriften sollen auch die neuen Unfallverhütungsvorschriften für Beton-, Steineisen- und Eisenbetonarbeiten aufgenommen werden. Hoffentlich tragen die neuen Vorschriften dazu bei, daß im Baugewerbe das Verantwortlichkeitsgefühl gestärkt wird und die schweren Unfälle nach Möglichkeit vermieden werden.

**Volkswirtschaftliches u. Soziales.**

**Steigen die Bergarbeiterlöhne?** Bei Gelegenheit der Bergarbeiterbewegung im letzten Frühjahr wurde des öfteren betont, daß der Streik nicht zur Erzielung besserer Löhne geführt werde, da die Bergarbeiterlöhne schon wegen der guten Konjunktur und dem infolge der erhöhten Kohlenpreise eine Steigerung erfahren würden. Seitens der Fiskusbesitzer war dem ja auch eine Erhöhung der Löhne zugestanden worden. Die Statistik ergibt, daß sich die Bergarbeiterlöhne im letzten Jahr fortwährend gesteigert haben. Der Durchschnittslohn pro Schicht betrug im zweiten Vierteljahr 1911 4,66, im ersten Vierteljahr 1912 4,83 M und im zweiten Vierteljahr 1912 5 M. Das sind, wie gesagt, Durchschnittslöhne, wobei zu beachten ist, daß die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter, der Hauer, sich im Durchschnitt auf 5,51 Mark und 5,97 M stellten. Ohne zu behaupten, daß diese Löhne genügend seien, wird man sich der Ansicht nicht verschließen können, daß eine derartige Lohnerhöhung in der gleichen Zeit Angehörigen anderer Berufe wohl nicht zuteil wird. Die Sache liegt dabei freilich so, daß in anderen Berufen, z. B. dem Holzgewerbe, die einmal erzielten Lohnerhöhungen infolge der ziemlich strengen Organisation und Disziplin der Arbeiter dauernde Erhaltungssicherungen sind, während bei den Verhältnissen im Bergbau die Löhne immerfort den Konjunkturschwankungen unterworfen sind. Solange nicht auch hier Organisationen und gewerkschaftliche Einigkeit der Arbeiterschaft praktiziert werden, wird an dem Zustande wohl kaum etwas zu ändern sein. — Festgehalten verdient dann auch noch zu werden, daß in den nördlichen Revieren des Ruhrbeckens die Bergarbeiterlöhne zurzeit einen Stand erreicht haben, wie sie ihn vorher wohl noch nicht hatten. Die Tatsache jedoch, daß in den südlichen Revieren das Arbeiterangebot erheblich stärker ist wegen der zahlreichen hier fest ansässigen Bergarbeiter, dabei aber die Löhne nicht so ertragreich sind wie in den nördlichen Revieren, bewirkt, daß im Süden die Löhne nicht in dem Maße steigen wie im Norden. Auf den Durchschnittssatz wirkt dieses abmindernd ein.

**Die Kosten des letzten Bergarbeiterstreiks** im Ruhrkohlenrevier werden in einer Statistik des Dortmunder Oberbergamts wie folgt berechnet: Während des 10tägigen Lokalkampfes betrug der Lohnausfall 8 488 804 Mark. Hierzu kommt der den streikenden Bergarbeitern wegen Kontraktbruch einbehaltenen Lohn für sechs Schichten — in Frage kommen 155 832 Bergleute — mit insgesamt 4 752 726 M, das sind 30,50 M für den Mann. Der Gesamtlohnausfall, den die Bergleute erlitten haben, beträgt mithin rund 13,2 Millionen Mark. (Soz. Frag.)

**Die Auswanderung aus Italien** ist bekanntlich sehr groß, da das Land nicht allen seinen Bewohnern genügende Arbeitsgelegenheit und damit Verdienst zu bieten vermag. Jedoch ist die Mehrzahl der italienischen Auswanderer keineswegs für das heimische Nationalvermögen verloren; sie halten sich meist nur vorübergehend im Auslande auf, und die hier gemachten Ersparnisse bilden für das Heimatland eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle. Wie die italienische Regierung bekanntgibt, haben die im Auslande beschäftigten Italiener im Laufe des Jahres 1911 über 56 Millionen Mark an Ersparnissen in die Heimat geschickt. Ein ganz nettes Summenwort! Immerhin darf nicht übersehen werden, daß doch wohl der größere Teil vom Lohn Einkommen der im Auslande beschäftigten Italiener den betreffenden Vätern selbst verbleibt, und zwar durch die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung usw.

**Soziale Wahlen.**

**Saarrevier.** Am Sonntag, den 18. August, fanden in 18 Sprengeln des Saarreviers die Wahlen zur Knappschaffstasse statt. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter gewann im ersten Anlauf 13 Mandate;

weitere 3 Mandate fielen an die Unorganisierten. In zwei Sprengeln findet Stichwahl zwischen christlichen Gewerkschaften und Unorganisierten statt. Es brachten bei dieser Wahl auf: der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter 3647, die Unorganisierten 1233 und Sitz Berlin 63 Stimmen. In einer zweiten Gruppe fanden am Sonntag, den 26. August, Wahlen in 19 Sprengeln statt. 17 Mandate erhielt der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, 1 Mandat „Sitz Berlin“. In einem Sprengel steht der Gewerkverein mit „Sitz Berlin“ in Stichwahl. Die „Genossen“ gingen trotz der wüsten Hege, trotz Tausender von Flugblättern und der Fäden der ersten Verbandsgrößen vollständig leer aus. Gewählt sind bisher insgesamt 30 Gewerkschaften, 3 unorganisierte und 1 Angehöriger der „Berliner“ Arbeitervereine. Außerdem ist der Gewerkverein an allen drei Stichwahlen beteiligt. Zusammen wurden bis jetzt 9551 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielt der Gewerkverein 7296 und der „Berliner“ Verband 735 Stimmen. Für unorganisierte Kandidaten und an zerplitterten Stimmen wurden 1520 gezählt.

Die Vertreterwahlen zur Krankenkasse in **Baden-Baden** endeten mit dem Sieg der vereinigten nichtsozialdemokratischen Arbeiter, die 381 gegen 357 sozialdemokratische Stimmen aufbrachten.

**Gerichtliches.**

**Königsberg i. Pr.** Die sozialdemokratischen Terrorismussfälle mehren sich. Am 21. August er. hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte Krieze wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Krieze hatte am 22. April er. den Unternehmer Sokau gezwungen, drei bei demselben beschäftigte christlich organisierte Maurer, welche Decken im Afford mauerten, zu entlassen. Da der Unternehmer diesem Verlangen nicht sofort nachkam, legten auf Veranlassung von Krieze sämtliche am Bau beschäftigten sozialdemokratisch organisierten Maurer und Arbeiter die Arbeit nieder. Da der Bau nach zwei Tagen nicht mit genügend anderweitigen Arbeitskräften besetzt werden konnte, zwang K. den Arbeitgeber, seinem Verlangen nachzukommen, nämlich die drei christlich organisierten Maurer zu entlassen. Da diese hierdurch in ihrem Einkommen schwer geschädigt wurden, so strengten sie Klage gegen K. an. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht versuchte Krieze, ebenso sein Verteidiger, die Sache so darzustellen, als ob nicht die Entlassung der drei Genannten deshalb erfolgt sei, weil diese christlich organisiert waren, sondern zwei von ihnen seien vorher Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes gewesen, welchen solche Arbeit im Afford auszuführen nach seiner Meinung verboten sei. Das Gericht schenkte diesen Einwendungen wenig Gehör, indem ausgeführt wurde, daß es in diesem Falle gar nicht darauf ankäme, wo die Entlassenen organisiert gewesen wären. Nach dem Antrage des Staatsanwalts verurteilte das Gericht Krieze, in Anbetracht seiner erheblichen Vorstrafen, — u. a. ist K. wegen Verleitung zum Meineide bereits mit einem Jahr Zuchthaus bestraft, — zu einem Monat Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten. Am 20. August hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht die sozialdemokratisch organisierten Maurer Schulz, Ober und Wegener wegen Terrorismus, verübt an dem christlich organisierten Maurer Debed, zu verantworten. Schulz erhielt sechs Tage Gefängnis, Ober und Wegener je 20 M. Geldstrafe. Am demselben Tage stand die Berufungssache der sozialdemokratisch organisierten Maurer Schulz und Werner vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung. Auf Veranlassung der beiden war der christlich organisierte Maurer Graßmann am 22. April er. entlassen worden. In der Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht wurde Schulz mit einem Monat und Werner mit 14 Tagen Gefängnis bestraft. Die Berufung der beiden Angeklagten wurde von der Strafkammer verworfen.

**Reichenhall.** In unserer Stadt, bekannt als eine Hochburg sozialdemokratischer Unbulksamkeit, arbeitete unser Mitglied, Kollege Stauffer, ein Familienvater von 12 Kindern, mit etwa 25 sozialdemokratisch organisierten Arbeitern bei dem staatlichen Neubau der Wandelhalle. Staum hatte die Arbeit begonnen, bekam er schon die roten Prozeduren: entweder rot oder kein Brot zu verspüren. Nachdem derselbe gegenüber dem roten Terror unbeweglich blieb, legten sämtliche sozialdemokratisch organisierten Bauarbeiter die Arbeit nieder, bis daß Stauffer vom Unternehmer Reichel entlassen wurde. Wegen dieser roten Unbulksamkeit hatten sich die Hilfsarbeiter Protas und Jaunegger, welche sich bei der Brotlosmachung des St. ganz besonders rote Verdienste erworben, am 14. August vor dem Amtsgericht Reichenhall zu verantworten. Nach erfolgter Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt für Protas und Jaunegger je vier Wochen Gefängnis, wogegen Rechtsanwalt Ruckbaum-München, ein eingetriebenes rotes Parteimitglied, scharf zu kritisieren zu müssen glaubte. Er führte an, daß das Gesetz nur Bedrohung unter Strafe stelle, hier habe aber keine vorgelegen. Mit dieser Konstatierung hat, wenn vielleicht auch ungewollt, der rötlich-cote Rechtsanwalt zugegeben, daß unserer Gesetzgebung zur Ahndung sozialdemokratischen Terrors gegenüber andersorganisierten Arbeitern doch ein Mangel innewohnt. Es ist doch weit schlimmer und auch weit nachteiliger für einen christlich organisierten Arbeiter, der wegen seiner Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft und wegen seiner Ueberzeugung von einem machtklüsternen sozialistischen Mob von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle gehetzt wird, bis daß er endlich, des Kampfes müde und sehr oft noch vor dem wirtschaftlichen Ruin gebracht, sich den roten Füßern ergibt und „rot“ Zwangsmitglied wird, als wenn jemand schließlich bei einem Hornesausbruch gegen einen anderen eine Drohung ausspricht, die nicht zur Lastzucht wird und auch weiter keine nachteilige Folgen

für den Bedrohten hat. Zur vorliegenden Falle erkannte das Gericht gegen die „Genossen“ Provas und Baunegger auf je acht Tage Gefängnis und Tragung der Kosten.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Entlassungsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

Bochum. (Bauunfall.) Am Neubau Raltenheimer-Bismarckstraße wurden am Montag, den 2. September, unsere Kollegen Heimr. Schüller und Dören (Maurer), welche im Kellergerüst an den Fundamentmauern beschäftigt waren, durch die eintretende Böschung lebendig begraben. Zum Glück konnten beide von ihren Arbeitskollegen in kurzer Zeit aus der gefährlichen Lage befreit und somit vom Erstickenstode errettet werden. Die Verletzungen der Kollegen sind erfreulicherweise nur leichter Natur. Es brauchten aber nur einige Minuten Zeit verloren zu gehen, und ein großes Unglück wäre geschehen. Die Ursache des Unfalls ist in der Hauptsache auf den anhaltenden Regen zurückzuführen. Eine Abstreifung der Erdmasse war vorhanden, konnte aber etwas tiefer eingebaut sein, denn die Erdmasse ist von unten her eingestürzt, und deshalb war auch ein Entrinnen unmöglich.

Sortmund. (Bauunfall.) Am Sonnabend, den 31. August, vormittags, verunglückte der Bauhilfsarbeiter Wessel am Erweiterungsbau der Volksschule in der Leibnizstraße dadurch, daß in der Höhe des Dachgesimses eine Kiste mit Mauerziegeln umfiel und diese dem Kollegen auf den Kopf fielen. Schreckverletzt mußte er ins Krankenhaus gebracht werden. Die Abdeckung bei dem Anzuge war nicht in Ordnung. — Am 2. September stürzte der Bauhilfsarbeiter Johann Meier in einem Neubau an der Lagerhausstraße von der ersten Etage in den Keller, wobei er innere Verletzungen davontrug, die seine Unterbringung im Krankenhaus notwendig machten. Die Unfälle mehren sich von Tag zu Tag. Von der Baupolizei sehen wir jetzt gar nichts.

Süßdorf. Schon wieder müssen wir von Unglücksfällen berichten, die sich seit der letzten Woche ereignet haben. Am Bahnhof Verendorf werden Abbrucharbeiten ausgeführt. Dem Arbeiter Himmels stürzte dabei am 26. August ein größerer Stein abgerissenes Mauerwerk auf den Körper. Die Warnungsrufe von oben waren überhört worden. Er kam schon aus dem Transport nach dem Krankenhaus. Der Verunglückte war verheiratet. Bei diesem Unfall wurde auch einem Hilfsarbeiter ein Bein aufgeschnitten. Ein weiterer Unfall ereignete sich am 27. August in der Brunnenstraße. Der Hilfsarbeiter Josef Glöckner wurde von einem nicht richtig gemachten Gerüst und wurde mit schweren Verletzungen nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht.

Elberfeld. Am 31. August ereignete sich am Neubau eines Hauses in Sionenberg ein Unglücksfall, indem zwei Zimmerleute infolge Gerüsches über einen Balken herabfielen. Die beiden Kollegen, welche höher verlegt waren, wurden nach dem Krankenhaus übergeführt, wo einer der beiden nach wenigen Stunden verstarb. Der andere wird mit dem Leben davongekommen. Den bis dahin trift, konnte noch nicht festgestellt werden. Beide waren nicht organisiert.

Hannover. (Bauunfälle.) In der Georgstraße, an der Wohnung, verunglückte in dieser Woche zwei Kollegen unseres Verbandes. Der Arbeiter Gustav Fiedler fiel infolge eines Festhaltens eine Etage herunter. Er erlitt innere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der Maurer Fiedler fiel durch die Einwirkung von dem mit einigen Baumstümpfen und einer Gipsverklebung davon. Auf diesen Stützsystemen ist, konnte nicht festgestellt werden, da die Verklebung gut war. Es darf hier erwähnt werden, daß in der Zeit, mit der heute die Arbeiter beschäftigt sind, die Ursachen der meisten Unfälle zu finden sind. Die leitenden Architekten weisen gerade an den großen Bauten, um dadurch zu zeigen, in wie langer Zeit sie es bewerkstelligen können, große Summen herzubringen. Ein weiterer Unfall traf unter Dachstuhlarbeiten, dem Kollegen H. Rübner, welcher eine hohe Etage herunterfiel und eine Amputation notwendig wurde.

Leipzig. Am 29. August verunglückte der Kollege Hermann Bog auf dem Bauteile des Unternehmens Jof. Schmidt. Der Kollege war bereits beschäftigt, in der zweiten Etage eine Stütze herzustellen, an welcher Arbeit er beim Sturz verunglückte. Ursache: Unvorsichtigkeit, Festhalten der Bauteile.

Die Lage des Berliner Baugewerbes. Vor einiger Zeit erschien der Tätigkeitsbericht des Verbandes der Baugewerkschaften von Berlin und den Vororten über das letzte Geschäftsjahr, der die Verhältnisse auf dem Berliner Baugewerbe einer eingehenden Betrachtung unterzieht. Das Baugewerbe Berlins befindet sich nach wie vor in recht unglücklicher Lage, und noch ist das Ende nicht abzusehen. Es heißt da u. a.:

Die Tätigkeit der Betriebe leidet unter einem Mangel an Aufträgen, der sich je länger desto mehr bemerkbarer macht. Seit am jeden Auftrag entweder ein heftiger Kampf, angemessene Vergütungen gehören zu den größten Seltenheiten, und die besten Leistungen werden zu Preisen angesetzt, die eine gesunde Wirtschaftlichkeit des Gewerbes auch nicht im entferntesten zulassen. Der Grundstücksmarkt liegt immer noch in einem tiefen Stillstande, die Bautätigkeit hält sich in vorläufigen Grenzen, Baugeländer liegen ungenutzt. Die Arbeitslosen sind auf Lebensunterhalt ihrer Familien durch die Beschäftigung mit anderen Dingen gezwungen. Unter diesen Umständen ist der Baugewerbe für seine Geschäfte wenig ver-

lockend, zumal die außerordentlich große Ueberproduktion an Mietshäusern eine Einschränkung dieser Tätigkeit gebieterisch verlangt. Daher ist es gekommen, daß der Anteil des soliden Baugewerbes an der Errichtung von Wohnhäusern zu spekulativen Zwecken verhältnismäßig unbedeutend ist, und daß diese an sich gesunde und wertvolle Tätigkeit vielfach von Personen ausgeübt wird, die über ein weites Gewissen verfügen. Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse brachte es mit sich, daß selbst angesehenen Firmen Zeiten einer schweren Krise durchmachen mußten, und mancher Baugewerbetreibende gezwungen war, seinen Betrieb aufzugeben. Die schlechte Konjunktur währt im Baugewerbe Groß-Berlins nun schon durch mehrere Jahre, und ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Baugewerblichen Arbeitnehmer waren durch Tarifverträge festgelegt, die bis zum 31. März 1913 in Kraft bleiben. Diese Verträge haben sich auch im vergangenen Jahre gut bewährt und Ordnung und Ruhe auf den Arbeitsstätten geschaffen. Am 1. Oktober 1911 erhöhte sich der Tariflohn für alle Kategorien der Arbeitnehmer. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden durch ein Rundschreiben angezeigt und ging ohne jede Beschwerde vorstatten, ein Beweis dafür, wie tief sich die Tarifverträge bei den Angehörigen des Gewerbes eingeführt haben. Auf den Baustellen wird immer noch die Beobachtung gemacht, daß Arbeitnehmer sich über die Pflichten, die ihnen der Vertrag auferlegt, keineswegs klar sind. Dies läßt sich besonders bei den im Betonbaugewerbe beschäftigten Arbeitnehmern feststellen. Hier rekrutiert sich die Arbeiterkraft meist aus ungelehrten Arbeitern, es ist eine starke Fluktuation vorhanden, so daß die Gewöhnung an die Verträge sich nur langsam durchzusetzen scheint.

Was die Fuher angeht, so besteht seit vielen Jahren ein Vertrag mit dem Verein der Fuher zur Einigkeit, der auch in diesem Jahre bei der Vergütung von Reparaturarbeiten von den Mitgliedern des Verbandes zugrunde gelegt wurde. Der frühere Vertrag mit dem Akkordmaurerverein ist noch nicht wieder erneuert worden. Hierbei sei bemerkt, daß in den letzten Jahren im Baugewerbe Berlins die Akkordarbeit erhebliche Fortschritte gemacht hat. Sie wird von den besten Bauarbeitern gepflegt, es stehen tüchtige und gewandte Arbeiterkräfte genug zur Verfügung, die unter zweckmäßiger Aufsicht eine durchaus saubere, einwandfreie Arbeit herstellen. Ferner hat der Verband mit den Organisations der Maurer- und Zimmerpoliere Verträge abgeschlossen. Infolge der im Berichtsjahr eingetretenen Lohnverhöhung wurden wie früher gemeinsam von der Berliner Bauinnung und dem Verbande die Stundenlöhne neu festgelegt, die für Tagelohnarbeiten in Groß-Berlin in Auftrag zu bringen sind. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Materialpreise einer Revision unterzogen. Das neue Preisverzeichnis wurde nicht ohne Begründung für die geringe Erhöhung der Stundenlöhne den Behörden, Architekten und Bauherren überliefert. Durch die wiederholten Eingaben haben die meisten Behörden die als unzulässig geltenden Minimalpreise bei der Vergütung der Arbeiter berücksichtigt. Wo das bisher nicht geschehen ist, wird der Verband der Baugewerkschaften für die Anrechnung der Tagelöhne nachdrücklich einwirken, zumal diese niedriger sind als in vielen anderen Gewerben bei beinahe gleichen Arbeitslöhnen.

Ein getreues Spiegelbild der ungünstigen Lage des Baugewerbes ergibt eine Aufstellung in der „Bauwelt“ über die Rentabilität der Terrain- und Baugesellschaften im ersten Halbjahr 1912. Der Aufstellung zugrunde gelegt sind die Bilanzen von 134 Terraingesellschaften, die in Form einer Aktiengesellschaft finanziert waren. Von diesen Gesellschaften hatten 51 ihren Sitz in Berlin und Vororten. Die 194 Unternehmungen repräsentieren ein Nominalkapital von insgesamt 308 262 500 M. Die Summe des vorhandenen Vermögens hingegen stellte sich auf 593 880 400 Mark. Es setzte sich im einzelnen folgendermaßen zusammen:

Table with 2 columns: Asset Category and Value in 1000 M. Assets include Aktienkapital (308 262,5), Obligationen (74 259), Hypotheken (181 322), and Reserven (30 036,9).

Die Vermögensverhältnisse dieser Grundstücksunternehmen weisen gegen das Vorjahr eine ganz auffallende Verschlechterung auf. Gewinn und Verlust lassen sich bei 125 Gesellschaften mit dem Vorjahre in Vergleich setzen. Im Jahre 1910 schlossen 86 Gesellschaften, die auf einem Aktienkapital von 238,04 Mill. Mark basierten, mit einem Reingewinn von 24,45 Mill. Mark ab. Die Anzahl der gewinnbringenden Unternehmungen sank im vorliegenden Jahre auf 59, die Summe des gewinnbringenden Aktienkapitals auf 20,14 Mill. Mark. Der Gesamtgewinn des Jahres 1911 stellte sich auf 22 Mill. Mark. Die 39 Gesellschaften, die ihre Bilanz für 1910 ohne Gewinn abgeschlossen, erlitten auf ein dividendenberechtigtes Kapital von 65,79 Mill. Mark einen Verlust von 2,60 Mill. Mark. Das verlustbringende Aktienkapital des letzteren Jahres ist in Höhe von 104,50 Mill. Mark vertrieben, die 45 Grundstücksunternehmen. Die diesjährige Verlustsumme befreit sich auf 9,87 Mill. Mark. Den jeweiligen Gesamtgewinn um die Verlustbeträge vermindert, ergibt sich für 1910 ein Reingewinnüberschuss von 21,85 Mill. Mark. Der Ueberschuß beim Abschluß der letzten Bilanz vermindert sich auf nur 12,13 Mill. Mark. Gemessen am beiderseitigen Aktienkapital, ist der Reingewinnüberschuss der Terraingesellschaften von 7,06 Prozent auf 3,98 Prozent gesunken. Auf das gesamte arbeitende Kapital bezogen, ist die Quote des Ueberschusses auf 2,01 Prozent.

Etwas günstiger gestaltet sich das Bild bei den Baugesellschaften. Von solchen liegen aus den Monaten Januar bis Juni d. J. 121 Geschäftsberichte vor. Die Gesamtsumme des arbeitenden Kapitals beziffert sich derzeit auf 245 643 600 M. Für eine vergleichende Darstellung von Gewinn und Verlust lassen sich die Berichte von 110 Baugesellschaften verwenden. Im Geschäftsjahre 1910 erzielten 94 Betriebe mit nominell 105,79 Mill. Mark Aktienkapital einen gesamten Ueberschuß von 12, Mill. Mark. Im gleichen Jahre war bei 16 Unternehmungen mit einem Nominalkapital von 10,60 Mill. Mark ein Verlust von 2,50 Mill. Mark festzustellen. Das gewinnbringende Aktienkapital hat sich im vergangenen Jahre auf 109,27 Mill. Mark erhöht, abermals bei 9 Gesellschaften. Diesmal ergab sich ein Gesamtgewinn von 12,91 Mill. Mark. 16 mit Unterbilanz abschließende Gesellschaften verfügten am Ende des abgelaufenen Berichtsjahres über 11,61 Mill. Mark. Nominalkapital. Der Ueberschuß ist auf 4,17 Mill. Mark gestiegen. Somit ergibt sich bei den Baugesellschaften für 1910 ein Reingewinnüberschuss von 10 169 107 M oder 8,7 Prozent des nominalen Aktienkapitals. Der Gewinnüberschuss ist im vergangenen Jahre auf 8 738 094 M, d. i. 7,2 Prozent gesunken. Gemessen am gesamten vorhandenen Kapital errechnet sich der Reingewinnüberschuss des Berichtsjahres nur auf 3,56 Prozent.

Bekanntmachungen.

Achtung! Verwaltungsstelle Siegen. Achtung! Die An- und Abmeldung der zu- bzw. abreisenden Kollegen ist im Gebiet unserer Verwaltungsstelle derzeit mangelhaft, daß wir uns genötigt sehen, die Mitglieder an dieser Stelle auf die Pflicht der An- und Abmeldung hinzuweisen. Fast in allen größeren Orten der Kreise Siegen, Altenkirchen, Olpe, Willenburg und Wittgenstein bestehen Zahlstellen, so daß es ein Leichtes ist, die Adressen der Vorstandsmitglieder ausfindig zu machen. Sollten Mitglieder in Orten arbeiten, wo keine Zahlstellen bestehen, so mögen sich dieselben zwecks Anmeldung und Meldung von Material an unterzeichnete Adresse wenden. Mit kollegialem Gruß: Der Verwaltungsstellenvorstand. J. A. Karl Hillenbrand, Siegen, Sandstr. 36. Telephon 1012

Sterbetafel.

Am 26. August starb unser Kollege Josef Pander, Maurer, im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung. Zahlstelle Rosbach. Am 27. August starb unser Kollege Theodor Brahm im Alter von 28 Jahren an einem Schlaganfall. Zahlstelle Geislar. Am 27. August verstarb plötzlich in Efferen b. Köln an den Folgen eines Sturzes von der Haustreppe unser Kollege Johann Brahm aus Geislar b. Bonn im Alter von 26 Jahren. Verwaltungsstelle Köln. Am 31. August starb unser treuer Kollege Anton Rosenbaum im Alter von 53 Jahren an Lungen- und Leberkrankheit. Verwaltungsstelle Bonn. Am 31. August starb unser treuer Kollege Zimmerer Ernst Vafelt nach halbjährigem Krankenlager (Lungenkrankheit) im Alter von 29 Jahren. Verwaltungsstelle Goschütz. Am 3. September starb unser wertvoller Mitglied Bauhilfsarbeiter Anton Spanier an Lungenentzündung im Alter von 42 Jahren. Verwaltungsstelle Münster. Am 4. September starb unser langjähriges Mitglied und Gründer der Zahlstelle Kollege August Jötel im Alter von 46 Jahren nach zweijähriger Krankheit (Gehirnerweichung). Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben. Winterzahlstelle Hofensfeld. Ihre ihrem Andenken!

Statt besonderer Karten! Statt besonderer Karten! Zu dem am Sonnabend, d. 21. September d. J. stattfindenden

Stiftungsfest der Bauhandwerker von Benthien O. S.

erlauben wir uns, alle Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nebst ihren wertvollen Angehörigen ganz ergebenst einzuladen. An- und Andersorganisierte haben keinen Zutritt. Um der Festlichkeit die Arbeit zu erleichtern, werden alle Kollegen gebeten, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. Festlokal: Vereinshaus, Schneiderstraße 3 (die Schneidersitz ist gelegen am Rathaus, Alter Ring).

Festprogramm.

Anfang abends 6 Uhr. Preisschießen für Damen und Herren. Von 7 Uhr ab Tanz, verbunden mit Besingen und Gesang. Der Gesang wird ausgeführt unter der Leitung des Liedermeyers Kollegen Thomae. Beim Tanz werden regelmäßig alle Stücke gemeldet. Eintritt 75 Pf. Festkarten zu diesem Preise können in Bureau, Sandstr. 17, am Sonntag, den 15. September, mittags von 11-1 Uhr und Freitag, den 20. September, abends von 6-8 Uhr im Vorverkauf geholt werden. Außerdem werden Festkarten auf den Bauten von unseren Kollegen zum Kauf angeboten. Die auswärtigen Kollegen können den Beitrag an der Kasse abends einzahlen. Das Komitee.